

Abonnementspreis
mit der Sonntags-Beilage
...
Zwingerstraße 22, part.
Sprechstunde
...
Telefon: Amt I, Nr. 1769.

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
...
Expeditio:
Zwingerstraße 22, part.
...
Telefon: Amt I, Nr. 1769.

Nr. 45.

Dresden, Donnerstag den 23. Februar 1899.

10. Jahrg.

Arbeiter! Während ein jeder unter Euch, der mit seinen Klassengenossen zu fühlen und zu denken gelernt hat, auf das Tiefste erschüttert wurde durch das furchtbare Urteil im Löbtauer Prozeß, während die Arbeiterpresse in ganz Deutschland genau wie die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ hier in Dresden Eure Kampf- und Leidensgenossen über jenes Urteil und die schweren Mißstände unserer Rechtspflege überhaupt aufklärt, beschönigen die bürgerlichen Zeitungen alle jene Vorgänge und vertuschen die Fälschungen des „Dresdner Journals“, das wir entlarvt haben und das bis heute die Sprache noch nicht wieder gefunden hat.

Und diese jeder Besserung der Arbeiterverhältnisse feindliche Presse, die fortgesetzt die Arbeiterfrage schmälert, wird noch in Tausenden von Arbeiterfamilien gehalten und gelesen. Wo Ihr solche ihr eigenes Interesse schädigende Arbeiterfamilien antrefft, da klärt sie auf. Fort mit der arbeiterfeindlichen Presse aus dem Arbeiterhause! muß die Lösung der gesamten Arbeiterschaft sein. Sorgt dafür, daß an die Stelle jener volksvergiftenden Lektüre die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ tritt, Euer eigenes Blatt, das Euer Wohl dient und für Eure Rechte kämpft!

Arbeiter und Arbeiterinnen! Werbet für Eure Zeitung!

Galizische Skandale.

Wien, am 20. Februar.

Seit mehr als vierzehn Tagen dauert der Ansturm der Einleger auf die Lemberger Sparkasse. Aus der näheren und ferneren Umgebung der Landeshauptstadt eilen die Bauern, die Ladner und Handwerker herbei, um ihr kleines, mühsam erworbenes Spargut vor dem Zusammenbruch der Kreditanstalt zu retten. Gerüchte von einer schleuderkraftigen Bebarung, von dem gefährdeten Stand der Sparkasse begannen sich seit Wochen in der Stadt und von da aus über die Landbevölkerung zu verbreiten; außerhalb Galiziens wurde erst durch den Ansturm selbst die Aufmerksamkeit auf diese Sache gelenkt. Und da enthielt sich denn eine nette kleine Panamaaffäre, eine jener Schwindel- und Korruptionsgeschichten, an denen die Verwaltung des beherrschenden Schlagschlagslandes überreich ist. Zuerst verluchte man noch zu beschwichtigen und zu vertuschen. Die offiziellen Verlautbarungen versicherten, daß für die Einleger nicht die mindeste Gefahr vorhanden sei, die an die Kassa für einmalige Einlagen, die die Sparkasse als Darlehensgegenstand bestrage wohl über zwei Millionen, doch sei die Sparkasse durch ihren Reservefonds in der Höhe von mehr als vier Millionen vor jeder Gefahr bewahrt, die Sparkasse lasse überdies den gesamten Schuldbetrag auf die liegenden Güter der Schuldner hypothekarisch sicherstellen, und sei so überhaupt vor jedem Schaden behütet. Diese Beschönigungsversuche hielten jedoch nicht lange vor. Sehr bald zeigte sich, daß die drei Kassaunternehmern geliehenen Summen weit größer waren, als die ungeheure Höhe von 5.900.000 Gulden, das heißt nahezu 10 Millionen Mark. Man hatte den drei Herren also nicht nur den gesamten Reservefonds, der kaum vier Millionen betrug, ausgeliefert, sondern auch noch den Einlagen, also nur andertraumten Gelde, gegen zwei Millionen. Aber das war noch nicht alles. Das Portefeuille der Sparkasse enthält für mehrere Hunderttausend faule Wechsel, darunter die Wechsel zahlreicher Sparkassenbeamten. So fiel auch das romantische Märchen zusammen, der Direktor J. J. J., der ein unbedingtes Vertrauen genoß, habe sich ganz von Sejejanowski einnehmen lassen, außer ihm habe jedoch niemand von den ungeheuerlichen Anleihegeschäften gewußt. War es schon von vornherein unmöglich zu denken, die Kontrolle habe von Finanzgebarung nichts gewußt, die sich auf mehrere Jahre erstreckten und über den gesamten Reservefonds der Kasse hinaus noch Millionen des Sparvermögens der Einleger in Mitleidenschaft zogen, so belehrten jetzt die faulen Wechsel der Sparkassenbeamten, daß es sich um eine noch dazu sehr wohl bezahlte Witwenversicherung handelte.

Der ganze Handel ruft in Oesterreich überall das größte Aufsehen hervor. Galizische Korruptionsgeschichten sind wahrlich nichts Unerhörtes, aber daß ein gemeinnütziges Institut drei Spezialisten einen Personalkredit von nahezu 8 Millionen Gulden gewähren könne, ohne um eine Sicherstellung besorgt zu sein und daß eine solche Schuldenwirtschaft unter offenbar sträflichem Mitwissen der gesamten Leitung durch fast vier Jahre ungehindert fortbauern könne, das schilt denn doch selbst für galizische Verwaltungszustände etwas zu arg. Die Sache erregte auch durch die beteiligten Personen besonderes Interesse. Sejejanowski, der Hauptheil der Affäre, der allein 3 Millionen der Sparkasse entliehen hatte, war bis zu den letzten Neuwahlen Mitglied des reichsrätlichen Polenklubs gewesen, und zwar eins der hervorragendsten Mitglieder; er war wiederholt der Budgetreferent, wiederholt Mitglied der Delegationen gewesen. Sein Mandat im Landtage hatte er noch inne. Da es sich um eine so einflussreiche Person handelte, so mußte das sonderbare Benehmen der Behörden umso mehr auffallen. Schon im Jahre 1896, so erzählt man jetzt, hatte der damalige Regierungskommissar Statthalteritz von Kleeberg, der die Staatsaufsicht über die Sparkasse zu führen hatte, gegen die leichtfertige Kreditgewährung an Sejejanowski und Genossen Einspruch erhoben, damals handelte es sich um ungefähr 2 Millionen. Zu jener Zeit war aber noch der Schlagschlagschilling Badeni Ministerpräsident, der vorläufige Spielverderber wurde strafweise versetzt, und an seine Stelle kam ein Mann, der besser zu schweigen verstand. Als sich im Anfang Januar die Gerüchte von der Zahlungsunfähigkeit der Sparkasse verbreiteten und bald darauf der Ansturm der Einleger begann, da ließ die Lemberger Behörde doch immer nichts von sich hören, obwohl doch auch die Gefahr nicht ausgeschlossen war, daß, wenn die Sparkasse die erzielten Einlagen befreit hätte, die später

kommenden ihr ganzes eingelegetes Gut einbüßten. Erst als der Skandal in ganz Oesterreich das Tagesgespräch bildete, begann sich die Aufsichtsbekörde in Bewegung zu setzen. Jetzt erschöpfte sich ihre Tätigkeit wesentlich in Kundmachungen und Telegrammen zur Beschwichtigung des Publikums. Der Schuldbetrag wurde auf das gesamte unbewegliche Gut der Schuldner „sicher gestellt“, wobei sich herausstellte, daß auf dem wichtigsten Wertobjekt bereits eine Hypothek von anderthalb Millionen lag, die einem Zinsfußdorfer Kreditinstitut gehört; ferner zeigen sich täglich neue Gläubiger der drei Industriemänner. An der Rettungssaktion für die Sparkasse beteiligt sich der Statthalter von Galizien Graf P. P. P. persönlich; er ist nach Wien geeilt und bemüht sich, wie es heißt, die Regierung dazu zu bewegen, daß sie der Sparkasse mehrere Millionen aus dem Propinationsfonds darleihe. Es zweifelt ja auch kein Mensch daran, daß schließlich die österreichischen Steuerzahler für die Lumpereien der polnischen Schlagschlagschlingen und ihrer Genossen werden aufkommen müssen; das ist doch so die Regel.

Das bezüchtendste an der ganzen Sache ist, daß die Art der Enthüllung des Skandals wieder einen womöglich noch ärgeren Skandal bedeutet. Die Vorgehensweise des Herrn Sejejanowski waren in Galizien der Behörde und dem Polenklub seit Jahren wohlbekannt. So lange Sejejanowski im Reichsrat treue politische Dienste leistete, — war er es doch, der 1896 das anrüchliche Nordwestbahnverstaatlichungsprojekt Bilinski's vertrat, — stand er unter dem Schutze der allmächtigen polnischen Junkertschafft. Als aber Sejejanowski, natürlich wieder mit dem entliehenen Geld der Sparkasse, ein Tageblatt gründete, das liberalisierende Tendenzen vertrat, verzelebte er sich mit den Führern der Schlagschlinge, um so mehr als der Polenklub seit den letzten Wahlen um die Erhaltung seiner Allein herrschaft besorgt, jede wenn auch noch so zahme oppositionelle Richtung zu unterdrücken sucht. So stürzte man nun den waghalsigen Spekulanten, um den unbedingten Politiker zu befeitigen. Der Ansturm auf die Sparkasse wurde von den antijesuitisch-jesuitischen, sowie von der dem Statthalter nahestehenden Presse vorbereitet. Mit politischen Verbindungen geschäftliche Interessen, der Zusammenbruch der Sparkasse kommt einer Gesellschaft sehr gelegen, die mit dem Plane umgeht, ein neues Kreditinstitut in Lemberg zu gründen. Zu dieser Gesellschaft gehören mehrere Mitglieder des Polenklubs, sowie deren „Hausjuden“. Und noch ein anderes Geschäft blüht aus den Ruinen der Sparkasse: „Die Rettungssaktion“. Rettungssaktionen gehören zu den beliebtesten Geschäften der polnischen Schlagschlingen und ihrer jüdischen und nichtjüdischen Faktoren. Es waltet da eine Art gesellschaftlicher Arbeitsteilung. Die eine Gruppe gewinnt beim Bankrottmachen gemeinnütziger Anstalten, die anderen dann beim „Retten“ und „Sanieren“. So wurde vor einigen Jahren die abgegrachtete „Bauernbank“ derart gründlich gerettet, daß die Bauern den letzten Gulden einbüßten, der ihnen nach dem Strauch noch übrig geblieben war. Ähnliches vollzieht sich auch jetzt wieder. Willigerweise haben bei der Rettungssaktion die Spitzen der Verwaltung den Vortritt. So bietet sich der Bürgermeister von Lemberg, R. R. R., der Sparkasse großmütig als Rechtsbeistand an, da winkt jetzt eine reiche Spelenernte. Der Regierungskommissar, der der Sparkasse einen Rechtsbeistand bereits beigegeben, erklärt sofort öffentlich, daß dies den Herrn Bürgermeister nicht hindern solle, seinen großmütigen Entschluß auszuführen. Zum Nachfolger des vom Amte zurücktretenden ersten Direktors der Sparkasse ist ein leiblicher Vetter des Statthalters, bisher ein kleiner Beamter, in Aussicht genommen. Unzweifelhaft gedeihen derartige Geschäfte bei persönlicher Beteiligung des Vetreters der obersten Landesbehörde am besten.

Aber, wird vielleicht ein naiver Leser fragen, wenn dem so ist, warum sagt man die Sejejanowski, J. J. J. und Genossen nicht härter an? Da bekäme doch der Staatsanwalt lohnende Arbeit, und zugleich wäre der misliebige Gewordene urgrundlich befeitigt. Für Leute wie Sejejanowski, einstige Mitglieder des Polenklubs, die so viel wissen, giebt es in Galizien keinen Staatsanwalt. Man hat ihn durch Cuerttreiberien politisch unschädlich gemacht, er mußte „gesundheitshalber“ sein Landtagsmandat niederlegen, wird wohl auch sein Blatt den Wächern des Polenklubs überlassen müssen, von seiner Beute hat man ihm ein tüchtiges Stück abgejagt. Im übrigen soll er durchaus nicht zu Grunde gerichtet werden, der Verein galizischer Petroleumindustrieller hat den Verzicht Sejejanowski's auf die Mitgliedschaft nicht angenommen, mit der Begründung, er könne die Mitwirkung eines um die Förderung der Petroleumindustrie so verdienten Mannes

nicht missen. Unter Gaunern und polnischen Schlagschlingen kommt es wohl gelegentlich vor, daß sie wegen der Teilung der Beute in Streit geraten, aber die Anrufung der Gerichte ist in solchen Fällen natürlich ausgeschlossen. Bei den polnischen Junkern läßt sich dieser Grundlag um so leichter durchführen, als die Richter hier die Brüder und Vettern der Diebe sind.

Was aber sagt die österreichische Regierung zu alledem? In der sonstigen österreichischen Verwaltung geht es doch leidlich europäisch zu, warum duldet sie in Galizien dieses unerhörte Skandaltreiben, diese asiatische Diebes- und Verwahrloshaltung, die Beamtenkorruption, die am lichten Tage bloß geht? Einfach deshalb, weil die österreichische Regierung in Galizien nichts zu sagen hat. Galizien ist in der That vollständig „autonom“, das heißt, der polnischen Junkertschafft zur ungehörten und unverfügbaren Ausbeutung preisgegeben. Sie hat die Verwaltung und die Gerichte in der Hand, selbst die Untervorfahren müssen ihr für Günstlinge und etwa vorhandene nicht ganz anmaßliche Vettern Einkünfte liefern. Es ist die wiederhergestellte polnische Adelsrepublik mit dem jeweiligen Statthalter als Präsidenten an der Spitze. Die Verbindung mit dem übrigen Oesterreich ist, in einem geächteten Austauschverhältnis steht. Er bildet die Regierungspartei jedes Ministeriums, heißt es nun Taaffe, oder Windischgrätz, oder Vadeni, oder Thun, und empfangt dafür von Petroleumzoll, Eisenbahnkonzessionen usw., außerdem fette Pfründen in allen „Zentralstellen“.

Mit diesen „kleinen Mitteln“ begnügen sich natürlich unsere polnischen Junker nicht, doch haben sie es, Gott sei Dank, nicht nötig, die „größten Mittel“ in phantastischen Staatsmonopolplänen zu suchen; ihr großes Mittel ist einfach der Diebstahl und Betrug im großen. Sie haben die Hände in allen Finanzinstituten des Landes und schöpfen in regelmäßigen Zwischenräumen die aufgesammelten Ersparnisse der Bauern und Kleinbürger ab, sie sind bei jedem Gräbungs- und dem im bedrohlichen Grenzlande“ besonders ergiebigen Lieferungschwandel beteiligt, die Steuerhinterziehung ist ein förmlich anerkanntes Vorkommnis der Schlagschlinge. Gelegentlich greift ihr Thronendrang über die Grenzen der Heimat hinaus, so vor vier Jahren, als Abgeordnete des Polenklubs durch einen gefälschten Bericht über eine Audienz des Kaisers eine Panik an der Wiener Börse hervorrufen. Unter den polnischen Schlagschlingen und ihrem Anhang giebt es, wenigstens so weit sie im öffentlichen Leben hervortreten, auch nicht einen, der reine Hände hätte, auch nicht einen persönlich anständigen Menschen. Der Führer der galizischen Antijesuiten, Vater Stojalowski, übrigens selbst ein in jeder Beziehung verkommenener Mensch, der seit neuestem mit dem Polenklub wieder veruneinigt zu sein scheint, erzählte kürzlich, wie er wiederholt von früheren und jetzigen Statthaltern aus Landesmitteln gekauft wurde. Das Geschäft mit dem Statthalter Pinski habe sich aber zerfallen, weil ihn Pinski zu billig laufen wollte. Stojalowski ist übrigens ein Beweis dafür, daß der polnischen Schlagschlinge nicht nur die staatlichen, sondern auch die kirchlichen Behörden vollständig zur Verfügung stehen. Als Stojalowski's Agitation vor den Wahlen der Schlagschlinge unbedeutend war, wurde er nicht nur vom Staatsanwalt verfolgt und mußte sich samt seinem Blatte nach Ungarn flüchten, sondern er wurde auch von Rom aus exkommuniziert. Als er sich dann dem Polenklub löblich unterwarf, wurde er in alle seine kirchlichen Rechte und Würden wieder eingesetzt und der Staatsanwalt zog sich scheiden zurück. Dem Abgeordneten Szajer, einem Anhänger Stojalowski's, verschaffte seine Unterwerfung unter den Polenklub nicht nur die Begnadigung, sondern auch die Giltigkeitserklärung seines durch die Verurteilung wegen Majestätsbeleidigung bewirkten Mandats. Der Abgeordnete von des Polenklubs Gnaden dankte dem Schlagschlingsführer Janowski mit Fußfall und Handkuss.

So weit geht die Ohnmacht der Regierung dem Polenklub gegenüber, daß sie selbst das Allerheiligste des modernen Staates, den Militarismus, vor den Diebstahlgreifen der polnischen Junker nicht zu beschützen vermag. Der sozialdemokratische Abgeordnete Daszynski klagte den Grafen Starzenski, Bezirkshauptmann in dem Grenzbezirke Podgorze, in Parlament und Presse öffentlich des Amtsnikbrauchs, des Hypothekentwunders und des Exzesses an, überdies der Teilnahme an einem Kroneffekt...

enerbak
40 Mt.
Sandig
ldt
Rr. 1.
litzer
le
erlage
ase 9.
ditoren
olph
e 8
s garantiert
elbstgefertigt
geprüften
band.
haus.
-Aktion
erform
raße 26.
erationen.
in in tabell
ng.
ojen
Wetter
aut u. billig
Handlung
Kinder
berg, 19, 1.

Schwindel im größten Stil. Er nannte die Helfershelfer des Beamten Verbrechen... Graf Starzenski ließ sich durch eine „Disziplinaruntersuchung“ reinwaschen, wagte jedoch wegen der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen nicht zu klagen, auch dann nicht, als Dabjanski die genauen Beweise für die Missetaten des disziplinarisch Weisgebrannten vorbrachte. Graf Starzenski bleibt aber Bezirkshauptmann und wird weiter stehen. Die österreichische Regierung spielt in Galizien bloß den Hühner des Schlachzigen. Ihre Gendarmen und Soldaten helfen dem Lemberger „Zentralwahlkomitee“ Wahlen machen und halten den hungernden Bauer und Landarbeiter in den Fesseln der schamlosesten Ausbeutung nieder. Nach den Judenkravallen im Frühjahr 1898, die die jesuitisch-antijüdischen Heger, die in engsten Beziehungen zum Polenklub und zum Statthalter stehen, veranlaßten, verhängte die Regierung im Auftrage Bininskis den Ausnahmezustand über ganz Westgalizien. Sofort wurden in diesem ganzen Gebiete die Blätter und Organisationen der Sozialdemokraten, die doch der Judenhege am schärfsten entgegengetreten waren, vernichtet, die bekannteren Agitatoren und Organisatoren ausgewiesen, abgeschoben und im Heimatsorte interniert, die antijüdischen Hegerblätter aber blieben unbehelligt. Die Wiener Regierungspresse schrieb nicht ein Wort über diese Vorgänge, aber das offizielle Depeschembureau veröffentlichte die Kundgebungen des Polenklubs über den Ausnahmezustand. Die Regierung bekannte öffentlich und förmlich, daß sie sich in Galizien nur als Werkzeug und Diener des Polenklubs betrachte.

Wie trostlos die Zustände in Galizien sind, beweist die Thatsache, daß die russophile Propaganda wiederholt nicht nur unter den ruthenischen, sondern auch unter den polnischen Bauern Galiziens Anhang gefunden hat. Die polnischen Bauern wollen lieber russisch werden, als das Joch ihrer jüdischen „Vollgenossen“ ertragen. Diese bedenklichen Erscheinungen in einer Grenzprovinz schrecken die Regierung nicht auf, sie hört auch — trotz Kaiser und der nationalen „Gleichberechtigung“ — den Klagen der Ruthenen über die Unterdrückung, die sie in Galizien von den polnischen Junkern und Beamten zu erdulden haben, unentwegt zu. Die österreichischen Regierungen fürchten sich eben vor dem Volke und „stützen“ sich daher in Galizien auf den polnischen Adel, der seine Machtstellung selbst auf die Vorteile der Gendarmen stützen muß. Allerdings hat es jetzt eine „breitere Grundlage“ gefunden an der antisemitisch-jesuitischen Propaganda, die den Haß der unterdrückten Bauern gegen die Juden lehren will, und zweifellos blutige Vorgänge, wie im vergangenen Jahre, noch wiederholt hervorgerufen wird.

Und woher sollte man eine Hoffnung auf Besserung des galizischen Stands schöpfen? Bisher ist noch jede Bewegung, die sich ernstlich gegen die Schmachzettel wandte, niedergedrückt oder durch Verhinderung der Führer unschädlich gemacht worden. Die polnischen Sozialdemokraten führen allerdings einen Heldenkampf. Sie haben dem unterdrückten galizischen Volke eine Tribüne im Reichstage erobert, aber der polnischen Sozialdemokratie fehlt noch das natürliche Feld der Entwicklung, eine große Industrie.

Politische Uebersicht.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag verhandelte heute über den Reichsjustizetat und nahm damit nach etwa achtstägiger Unterbrechung die Staatsberatung wieder auf. Auf der rechten Seite des Bundestratifikations war es leer, dort thronte einsam nur der Staatssekretär Herr Nieberding, dagegen vollstimmte es von Bevollmächtigten auf der linken, der linksstaatlichen Seite. Besonders Sachen war hier zahlreich vertreten. Neben dem Gesandten Grafen Hohenthal und dem Geheimrat Fischer hatte hier auch der sächsische Generalsstaatsanwalt Küger Platz genommen. Die Herren hatten wohl schon eine Ahnung, daß die sächsische Justiz in den Verhandlungen des Etats eine nicht geringe Rolle spielen würde. Zunächst standen die beiden Fragen der bedingten Verurteilung bezw. Begnadigung und der Ueberbürdung des Reichsgerichts im Vordergrund der Diskussion. Dann hielt der neugewählte Vertreter für Dresden-Alstadt, Abg. Gradnauer, seine Jungferrede. Er machte das schon vielfach besprochene Urteil des Dresdner Oberlandesgerichts zum Gegenstande seiner Kritik, das eine Polizeiverordnung als zu Recht bestehend auch für die Wahlzeit anerkannt hat. Jenes Verbot verbietet das Verteilen von Flugblättern auf gewissen Straßen, obwohl der Paragraph 43 der Reichsgewerbeordnung für diese Zeit alle polizeilichen Beschränkungen aufhebt. Dr. Gradnauer meinte, Reichsgesetze hätten demnach nur soweit Gültigkeit, als es die Dresdner Polizei erlaube und geheißte im Anschluß daran die ganze sächsische Justiz als eine gegen die politischen Oppositionsparteien gerichtete Klassenjustiz. Diese Kritik war natürlich nicht nach dem Geschmack des sächsischen Generalsstaatsanwalts Küger. Er warf unserem Redner Mißbrauch der Redefreiheit vor. Die Linke rief laut zur Ordnung, und fast alle sozialdemokratische Abgeordnete waren von ihren Plätzen aufgesprungen. Die Aufregung wuchs, als Herr Küger in erkaufter Ruhe die Hände in die Tasche steckte und sein Wort vom Mißbrauch wiederholte und damit seinen unerhörten Eingriff in die Präsidialgewalt des Hauses. Von Herrn von Frege, der während dieser Szene den Vorsitz führte, war eine sofortige Verteidigung der Rechte des Reichstages nicht zu erwarten. Erst am Ende der Sitzung kam er noch einmal auf den fürnämlichen Austritt zurück. Gradnauer erhielt seinen Ordnungsbrief, aber für das Verhalten des Generalsstaatsanwalts fand Herr von Frege nur die mildere Form der Rüge, daß er den Eingriff in seine Präsidialbefugnisse höflich zurückwies.

Der sächsische Generalsstaatsanwalt

Soll nach dem uns zugehenden Bericht in der Dienstausschussung des Reichstages in Erwiderung auf die Kritik des Genossen Gradnauer die überraschende Mitteilung gemacht haben, daß sächsische Oberlandesgericht habe den Beschluß in der bekannten Wahlflugblattangelegenheit unter seiner Zustimmung gefaßt. Da nun der genannte Beamte einem Bericht weder Vorschriften zu machen, noch dessen Beschluß zustimmen hat, muß jener Auspruch gerechtes Befremden erregen. Wir wollen jedoch unserer Kritik den Wortlaut des demnach zu erwartenden Stenogramms der Rede zu Grunde legen.

Die Vermehrung der Kavallerie abgelehnt in der Budgetkommission.

In der Dienstausschussung der Budgetkommission traten konservative und nationalliberale Redner für die Vermehrung der Reiterei nach Wunsch der Regierung ein. Auf die Bekämpfung dieser Wünsche durch den freisinnigen Richter und den Zentrumsmann Gröber, weil die Reiterei sich überlebt habe als Schlacht-

waffe, erwiderte der Kriegsminister v. G. öhler: Der Wert der Kavallerie sei nicht, wie Richter meine, gesunken, im Gegenteil, auch heute noch habe eine gut geführte, im rechten Moment einsetzende Kavallerie hohen Wert und könne entscheidend wirken, namentlich gegen eine durch langes Feuergefecht deprimierte Infanterie, der die Munition ausgehe. Wenn in solchen Momenten die Masse der Kavallerie einsetze, überreite sie alles. Dann sei noch zu berücksichtigen der Wert, welchen die Kavallerie für die Verfolgung geschlagener Infanteriemassen habe. Die Vermehrung der Kavallerie sei die Folge des Anwachsens der Infanterie in den Kriegformationen. Die Militärverwaltung bezwecke, mit der Vermehrung der Kavallerie Maß zu halten, denn die Kavallerie sei eine teure Truppe. Die russischen Reitermassen seien eine gewaltige Macht, die mit voller Wucht losgehen könnte. Man dürfe dieselbe nicht unterschätzen. So große Kavalleriemassen, wie sie die Russen über unsere Grenzen werfen könnten, habe die Welt noch nicht bekommen gesehen. Graf Moon stellt nunmehr den Antrag, statt 482 Eskadrons, wie die Vorlage will, 485 Eskadrons zu bewilligen. Trotz der greulichen russischen Reitermassen wurde in der Abstimmung der Antrag Moon abgelehnt mit allen gegen 4 Stimmen; sodann wird die Regierungsvorlage (482 Eskadrons) ebenfalls abgelehnt, mit 16 gegen 11 Stimmen; hierauf wird ein Antrag Moon auf Bewilligung von 480 Eskadrons abgelehnt mit 15 gegen 12 Stimmen. Es bleibt infolge dessen, einem Antrage Gröber entsprechend, bei dem bisherigen Antrag von 472 Eskadrons.

Damit ist indes noch keineswegs Sicherheit davor, daß nicht das Zentrum zwischen durch mit sich reiben läßt — erklärte doch Herr Gröber, nur für seine Person zu sprechen — und dann im Plenum den Regierungsantrag bewilligt.

Weiter beantragte Abg. Gröber (3.) folgende Resolution: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen um Mitteilung darüber, 1. in welchem Umfang gegenwärtig Mannschaften des aktiven Heeres zum Wachtdienst für Zwecke der Militärbehörden, zum Ordnonanz- und Burisdienst sowie zu anderen den Frontdienst und die militärische Ausbildung beschneidenden militärischen Aufgaben verwendet werden; 2. inwiefern und unter welchen Voraussetzungen diese Verwendung eingeschränkt werden könnte, insbesondere welche Ausgaben für die Beschaffung der etwa erforderlichen Ersatzmittel aufgebracht werden müßten. Die Debatte darüber wurde nicht zu Ende geführt.

Die Schwindelbombe geplatzt!

Es gelingt nichts mehr, aber auch wirklich rein garnichts! Wo auch nur die berühmten Stützen von Staat und Gesellschaft ihre gewandten Finger anlegen, um „das Schicksal zu korrigieren“, da werden sie entlarvt. Keine Fälschung, kein Spitzeltrick, der nicht entdekt würde. Auch das großartige Bombenattentat in Alexandria ist jetzt urkundlich und endgültig als Spitzelmache gekennzeichnet. Sämtliche „Angeklagte“, die an dem Mordanschlag gegen den deutschen Kaiser beteiligt gewesen sein sollten, sind nach Berichten aus Kairo freigesprochen worden. Der „Egyptische Kurier“ vom 11. Februar schreibt darüber:

Auch die Ungläublichsten müssen jetzt zugeben, daß der famose, angeblich gegen unsern Kaiser gerichtete Bombenanschlag nichts als ein von der englisch-egyptischen Polizei im Dienste der englischen Politik ausgeheckter Schwindel gewesen ist, daß sämtliche unter diesem Verdacht Angeklagten vergangenen Dienstag vom italienischen Konsulat-Gerichte freigesprochen worden sind. Was die Angelegenheit indessen besonders interessant macht, ist die Thatsache, daß gegen Mario Bazzani, jenen Menschen, der sich zu der erbärmlichen Rolle eines falschen Denunzianten in dieser schmutzigen Geschichte hergegeben hat, die Anklage wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung erhoben worden ist, und es ist zu hoffen, daß der Prozeß, der jetzt gegen diesen Cheuremann geführt werden wird, etwas Licht in diese in manchen Punkten noch recht dunkle Angelegenheit bringt. Die Art und Weise der Entdeckung des Komplottes, wie sie die Verhandlungen zu Tage förderten, ist folgende: Eines Tages erschien ein Araber in der Weinstube des Ugo Parrini, des Hauptangeklagten, und verlangte ein Glas Wein. Nachdem er es getrunken hatte, bat er, daß man ihm eine kleine Kiste, die er bei sich trug, aufheben möge, bis er zurückkäme, wozu sich Parrini auch willig bereit erklärte. Nach einer Stunde — die Kiste stand noch auf dem Tische, wo sie der Araber gelassen hatte — erschienen der italienische Botschafter und Polizisten unter Führung des erwählten Denunzianten, belegten die Kiste, in der sich, als man sie öffnete, in der That eine Bombe vorfand, mit Beschlag und verhafteten Parrini und später noch zwölf andere Italiener. Alle Welt war des Lobes voll über die Wachsamkeit der englisch-egyptischen Polizei, die einen Mordanschlag verhindert und vielleicht dem deutschen Kaiserpaare das Leben gerettet habe, bis sich schließlich die Wahrheit herausstellte. Wir enthalten uns einer Kritik des Verfahrens der Polizei. Politisch ist Politik, gewiß, aber das Vorrecht derartiger Schmutzigkeiten hat denn doch die englische. Wer aber die Wirkung kennen lernen möchte, die diese Angelegenheit auf die italienische Kolonie gehabt hat, der lese die hiesigen italienischen Zeitungen, und er wird einer ganzen Blütenlese von Ausdrücken begegnen, die man in einem Briefwechsel für Liebende vergeblich suchen würde.

So der „Egyptische Kurier“. Er irrt, wenn er glaubt, die englische Polizei habe das Vorrecht derartiger Schmutzigkeiten. Herr Melville, der diese „Schmutzigkeiten“ in Szene gesetzt hat, treibt ein internationales Kompagniegeschäft mit französischen, russischen und deutschen Spitzeln.

Die „Freis. Bl.“ erinnert daran, wie von deutscher Seite dieser Schwindel gelehrt worden ist. Sie fragt:

Was sagt Minister v. d. Rede nun? Am 23. Januar erklärte er im Abgeordnetenhaus: „Leider muß ich hier konstatieren, daß dieser Angelegenheit ein sehr ernstes Faktum zu Grunde liegt.“ Nach den Mitteilungen des „Egypt. Kur.“ wird Minister v. d. Rede mit der Mitteilung dieses ernstes Faktums nicht mehr zurückhalten können.

Wir wüßten an der ganzen tragikomischen Vorfallesgeschichte kein anderes „ernstes Faktum“ zu entdecken, als daß deutsche Minister sich durch solche Spitzeltriche in ihrem Drange nach „Material wider den Umsturz“ täuschen lassen und die Nacht haben, durch Ausnutzung solcher Materials dem deutschen Volke Schaden zuzufügen. Das ist allerdings ein sehr ernstes Faktum, das ganz in den Rahmen unserer Zustände paßt.

Eine neue Niederlage Frankreichs.

Wie das Reutersche Bureau meldet, wiederrief der Sultan von Maskat die Abtretung einer Kohlenstation an Frankreich. Der englische Admiral, der mit drei Kriegsschiffen im Hafen von Maskat liegt, drohte mit Bestrafung

der Stadt. Angesichts dieser realen Drohung, und da weder ein französisches noch ein russisches Kriegsschiff anwesend war, um den Engländern entgegenzutreten, blieb dem Sultan, der selber über keine Kriegsschiffe verfügt, nichts weiter übrig, als dem Verlangen der Engländer nachzugeben. Er ließ die Proklamation, in welcher er den Widerruf sowie den Grund dafür mittelt, öffentlich anschlagen und gab eine gleichlautende Erklärung auch im öffentlichen Durbar ab. Der französische Konsul erhob Protest. In Maskat herrscht völlige Ruhe. Von den Eingeborenen wurde die Proklamation beifällig aufgenommen.

Dem Ansehen Frankreichs dürfte dieser mißglückte Versuch den englischen Einfluß an der arabischen Küste zu schwächen, nicht sehr förderlich sein. Der Sultan von Oman hätte sicher nicht den Versuch gemacht, sich dem englischen Einflusse zu entziehen, wenn er nicht in den Glauben versetzt worden wäre, Frankreich sei im Stande, den Engländern ernsthaft entgegenzutreten. Dieser Glaube ist nun wohl geschwunden und wird durch den Protest des französischen Konsuls auch nicht wieder hergestellt werden.

Deutsches Reich.

Einen neuen Knigge für den Umgang mit Soldaten? „Die Dohle“ — darf beim Militär kein Anlaß zu einer Beschwerde sein? Folgendes vielversprechendes, wenn auch nicht bewunderliches Schriftstück teilt unser Banter Parteiblatt mit:

Eine eigenartige Entscheidung eines Kompagnieführers der hiesigen Marineinfanterie wurde dieser Tage einer Kompagnie zur Kenntnis gegeben. Gelegentlich der Instruction über Suche und Bekommen gab der Kompagnieführer u. a. bekannt, daß der Herr Kompagnieführer seine Ansicht dahin ausgesprochen habe, daß der Ausdruck eines Vorgesetzten einem Untergebenen gegenüber: „Machen Sie, daß Sie wegstommen, Sie Dohle“, keineswegs Anlaß zu einer Beschwerde sei, wenn nicht außerdem Neupörungen, wie Gallunke, Lump etc. — welche er als Beleidigung auffasse — gefallen seien.“

Schade, daß der Herr Kompagnieführer die seine Unterscheidung zwischen den verschiedenen Schimpfwörtern nicht begründete, man ist dadurch sicher um einen großen Spieß gekommen.

Hänge-Peters, der Kolonialheld, der deutsche Kultur und Sitte so wärdig in Afrika vertrat, daß er aus dem Amte entsetzt werden mußte, fühlt das Bedürfnis, sich wieder in Erinnerung zu bringen. Unter dem Titel „Mißbrauch der Amtsgewalt“ (Verlag von H. Walther, Berlin) hat er eine Flug-schrift erscheinen lassen, die schwerste Vorwürfe gegen eine Reihe Beamte des Kolonialamtes, besonders gegen den seit Monaten verstorbenen früheren Direktor Kaiser erhebt. — Berichtigungsweise bleibt Peters in England, wo ihn niemand wegen seiner Beschuldigungen zur Rechenschaft ziehen kann.

Abgewiesene Mittelstandsdirektor. Exortur Kaufleute hatten sich bei dem Regierungspräsidenten beschwert, weil die Beamten die Errichtung eines Konsumvereins planen. Daraufhin ist ihnen ein Verbot geworden, in welchem festgelegt wird, daß die Beamten mit ihrem Vorhaben auf dem Boden der Verfassung und des Genossenschaftsgesetzes stehen.

Große Pläne haben die Innungsschwärmer. Nach einer Anregung, die von Dresden ausging, wollten sie einen Innungsverband für das ganze deutsche Reich gründen. Der Reichskanzler hat aber dem Entwurf eines derartigen Innungsverbandes die erforderliche Genehmigung nicht erteilt. Die in dem Entwurf vorgesehene Bildung von Unterverbänden hält der Reichskanzler in Uebereinstimmung mit der Auffassung des sächsischen Ministeriums für gesetzlich zulässig und in dem in Rede stehenden Falle für zu erwägen. Dagegen könne den Unterverbänden durch das Statut nicht die Befugnis beigelegt werden, für die Verbandsgenossen ihres Bezirks Spars, Darlehns-, Sterbes-, Kranken- und Pensionskassen zu errichten. Diese Befugnis stehe vielmehr gemäß § 104 der Gewerbeordnung ausschließlich dem Innungsverbande selbst zu, nicht aber den der vermögensrechtlichen Selbständigkeit entbehrenden Zweigverbänden.

Von der preussischen Versammlungsfreiheit. Ein sozialdemokratischer Agitator Waffill hatte, wie der „Voss. Ztg.“ berichtet wird, vor acht Personen in der Wohnung eines Bekannten eine politische Rede gehalten. Der Redner wurde vom Landgericht verurteilt, weil er in einer „Versammlung“ öffentliche Angelegenheiten erörtert habe, ohne daß die beregte Versammlung unter Angabe des Ortes und der Zeit der Polizeibehörde angemeldet worden wäre. Der Angeklagte legte gegen seine Verurteilung Revision beim Kammergericht ein und machte u. a. geltend, der Vorderrichter habe den Begriff der Versammlung verkannt. Das Kammergericht wies jedoch die Revision des Angeklagten als un begründet ab und erklärte die Verurteilung für nicht rechtsirrtümlich. Nach Ansicht des Kammergerichts reichen acht Personen aus, um eine „Versammlung“ zu bilden.

Ist der Bund der Landwirte eine „Behörde“? In Eberloh-Hannover werden die Bekanntmachungen des Bundes der Landwirte im Ausschankkasten für amtliche Bekanntmachungen publiziert.

Daß solche Mäander lediglich auf Täuschungen berechnet sind, indem man der bäuerlichen Bevölkerung glaubhaft zu machen versucht, es handele sich um eine von der Gemeinde- oder Kreisbehörde ausgehende Bekanntmachung, bedarf wohl weiter keiner besonderen Begründung. Es fragt sich nur: Wer konnte es wagen, im amtlichen Ausschank-Kasten die Bekanntmachung der Bündler anzuhängen? Den Schlüssel kann doch nur die Ortsbehörde in Verwahrung haben.

Zur Abhilfe der „Leuten“. Seit in den oberen Regierungskreisen das Interesse der Agrarier Trumphy ist, werden ihnen auch in der unieren Beamtenregion allerhand Gefälligkeiten erwiesen. So kommt aus Posen die Meldung, daß mit Rücksicht auf die heurigen Witterungsverhältnisse, welche einen zeitigen Beginn der Feldarbeiten ermöglichen, der Oberpräsident die Landräte der Provinz ermächtigt habe, ausländische Arbeiter schon jetzt zuzulassen.

Beauftragte Reichstagswahlen. Der Reichstag ist den Beschläßen der Wahlprüfungskommission beigetreten und hat die Wahlen der Abgeordneten Sachsens (Waldenburg), Sozialdemokrat, und Förster (Wb. u.), konservativ, beanstandet. Der Reichskanzler wird ersucht, über gewisse Protestpunkte Erhebungen anstellen zu lassen.

Chronik der Reichstagsbeleidigungen-Prozesse. Der Reichstagsbeleidigungsprozeß Harden fand am Dienstag seinen Abschluß vor dem Reichsgericht. Das Landgericht I in Berlin hat am 4. November vorigen Jahres nach mehrtägiger Verhandlung den Herausgeber der „Julian“, Maximilian Harden, wegen Reichstagsbeleidigung in

Haben und zugleich wegen Beleidigung des Oberstaatsanwalts...
...in weiteren...
...wurde vom 2. Strafenat des Reichsgerichts verworfen.

Kleine politische Nachrichten. Die Kesseln der Berliner Kaufmannschaft wollen beim Reichstag gegen die in der neuen Verfassung vorgesehene Unterdrückung der Privatpoken positionieren. — Die Posener Strafkammer verurteilte den Chefredakteur der „Posener Zeitung“, eines liberalen Blattes, E. Goldbeck, wegen Beleidigung des Oberpräsidenten, begangen durch einen Artikel in der „Posener Zeitung“, befristet. Die harte Regierung, zu zwei Monaten Gefängnis und Tragung der Kosten. Der Staatsanwalt hatte drei Monate beantragt. In dem inkriminierten Artikel war dem Oberpräsidenten Schwächliche Regierung und Pflichtwidrigkeit vorgeworfen.

Frankreich. Die Botschaft des neuen Präsidenten wurde gestern in der Deputiertenkammer durch den Ministerpräsidenten Dupuy und im Senat durch den Justizminister Lebret verlesen. Die Botschaft bringt nichts Bemerkenswertes. Sie besteht nur aus einer Aneinanderreihung von Phrasen über die „Größe des Vaterlandes“. Als gemäßigter Republikaner betont Loubet natürlich mehr wie einmal seine unabänderliche Eingabe an die Republik, vermeidet aber sorgfältig, auf die konkreten Dinge einzugehen, die jetzt das Land bewegen. Die Botschaft schließt: „Ich werde glücklich sein, wenn ich Dank der von mir mit allen Kräften zu fördernden Tätigkeit, innerhalb der Grenzen meiner verfassungsmäßigen Rechte, die ich mir nicht schmälern lassen werde, zu der Verwirklichung unserer gemeinsamen Hoffnungen und zur Befestigung der Republik beitragen kann.“ Die Botschaft wurde in beiden Häusern mit Beifall aufgenommen.

Im Senat legte sodann der Berichterstatter der Revisionskommission den Bericht vor, der jedoch noch nicht in Beratung genommen wurde. Die Kreditforderung für das Leichenbegängnis wurde einstimmig bewilligt. Ebenso wurde ein provisorisches Budgetverbot bewilligt.

Am Tage der Beerdigung Hauzes, Donnerstag, werden die öffentlichen Bureau, Schulen und Brien geschlossen bleiben.

Dänemark.

Dem dänischen Landesherrn liegt ein Reformsteuergesetz der Regierung vor. So wenig dasselbe auch den Wünschen der Opposition und namentlich denen der Sozialdemokratie entspricht, ließ es doch einige Verbesserungen hoffen, namentlich in der Vermögenssteuer eine stärkere Heranziehung der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer. Aber die konservative Majorität des Landesherrn denkt anders und hat eine Reihe Änderungsanträge gestellt, die dem Gesetz jede Bedeutung nehmen und deren Annahme in Folge ihrer (Zweite Kammer) bestimmt scheitern wird. Vor allem soll an die Stelle einer allgemeinen Vermögenssteuer nur eine des Kapitals gesetzt werden, so daß die Großgrundbesitzer derselben völlig entgehen würden. Und da die Folge der Steuerreform die Überweisung gewisser direkter Steuern an die Gemeinden sein sollte, wollen die Großgrundbesitzer diesen Vorteil haben, aber nicht die damit verbundenen neuen Lasten tragen. Ebenso lehnen sie die durch das Gesetz eigentlich notwendig gewordene Reform des Landesherrn-Wahlgesetzes ab. Endlich aber suchen sie auch noch die ihnen unbenutzbare Bewegung in der kommunalen Besteuerung auf Anwendung einer steigenden Skala rückgängig zu machen, indem in Zukunft der „Steuermodus der Staatssteuer“ der ohne steigende Skala ist, eingeführt werden soll. Auch wird die Abschaffung der Zwangs-Selbstversicherung verlangt.

Die Änderungen wurden unter Zustimmung der Regierung mit 36 gegen 20 Stimmen beschlossen.

England.

Im Zeichen der Abrüstungskonferenz. Das soeben veröffentlichte Militärbudget bringt eine sofortige Erhöhung der Ausgaben um 1.091.700 Pfund (beinahe 22 Mill. M.) und eine Vermehrung der Mannschaften um 7.493 Mann. Alle Batterien der dritten Feldartillerie sollen eiligst in solche mit Schnellfeuergeschützen umgewandelt werden, fünf neue Batterien Feldartillerie noch in diesem Jahre und zehn weitere bis zum Jahre 1901 fertiggestellt werden. In gleichem Maßstabe soll auch die Neuarmierung der Selbstschiffbauwerke in Mutterlande und in den Kolonien im Einklang mit den Militärbehörden in Angriff genommen werden.

Griechenland.

Jubelnde Freuden herrschen in Griechenland. Wegen einer Kritik jandte der General Smolenstani an die Leiter zweier Tagesblätter in Athen Herausforderungen. Diese lehnten die Herausforderungen jedoch ab, da sie die Politik und nicht die Person Smolenstani kritisiert hätten.

Amerika.

Washington, 21. Februar. General Otis hat hierher telegraphiert, daß in Manila alles ruhig sei. Eine kleine Schar von Aufständischen, welche im Osten der Stadt stand, sei gestern unter beträchtlichen Verlusten zurückgeworfen worden.

Asien.

Die spanischen Gefangenen auf den Philippinen. Eine aus Hongkong in Madrid eingetroffene Drahtmeldung besagt, daß Aguinaldo alle noch in der Gewalt der Tagalen befindlichen spanischen Soldaten und Offiziere aufgefordert habe, in das Meer der Aufständischen einzutreten. General Nios hat dessen an die Gefangenen die Mitteilung gelangen lassen, daß eine Anteilnahme spanischer Soldaten an dem Kriege völkerrechtlich unstatthaft ist; man vermutet jedoch, daß eine größere Anzahl der Gefangenen hauptsächlich der Aufforderung Aguinaldos Folge geleistet habe.

Zur Beleuchtung des Zuchthausurteils.

Ein Pastor über das Zuchthausurteil. Der bekannte evangelische Prediger Herr Rade stellt in der „Christlichen Welt“ die beiden vom Dresdener Schwurgericht gefällten Urteile (2 Jahre Gefängnis für einen Ausbeisser — 53 Jahre Zuchthaus für die Arbeiter) einander gegenüber, und sagt dann fort: „Möglich, daß in beiden Fällen die Darstellung, der wir folgen, in Osmen des Kontrasts gefärbt ist. Wir sind jeder Beleuchtung eines Offiziers mit Freunden zugänglich. Leider wird genug des Habehandes geschrieben, um die ersten Bedenken zu rechtfertigen. Denn ein vernünftiges Wesen mit verschiedenen Maßstäben sieht vorwiegend deutlich nach Klassenjustiz aus. Das Bestreben, inmitten des heute wogenden Interessentkampfes die Rechte der Gesellschaft gegen die Arbeiteransprüche zu schützen, hat bei den Geschworenen die Meinung und bei den Richtern das Urteil beeinflusst. Das vor dem Gesetz, vor dem Richter alle Menschen gleich seien, wird durch die beiden Urteile niemand bestritten finden können.“

Aber nicht nur angezogen, auch taraktisch ist dieses Vorgehen. Die 53 Jahre Zuchthaus haben der Sozialdemokratie neun Märtyrer geschaffen. Was Wunder, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen fulminanten Ruf zur Unterstützung der betroffenen Familien

erlassen hat. Man fragt sich, ob man nicht auch beisteuern soll. Wenn ich kein anderes Bild von dem Habehand bekomme, werde ich es thun. Aber überreichlich wird unter arbeitendes Volk keine Gaben opfern. Liebe und Dank, alle edle und unedle Leidenschaft wird mächtig aufgewühlt werden. Was's ein reines Justizurteil gewesen, so könnte man sagen: Percat mundus, fiat justitia. So aber erschrickt man über die moralischen Fehler, die unsere heutige Gesellschaft immer wieder macht. Wahrhaftig, wie die Dinge eben gehen, lebt die Sozialdemokratie eben von untern Fehlern.“

Vergleiche zum Dresdener Zuchthausurteil. Wegen Mißhandlung eines zu Unrecht verhafteten Schriftsetzers hatte sich vor der Posener Strafkammer der Schuhmann H. Lamus, früher in Eisen, jetzt in Bremen, zu verantworten. Es wurde festgestellt, daß der Bürgerlicher den Schriftsetzer auf dem Wege zur Wache ohne den geringsten Anlaß dorthin wiederholt ins Gesicht geschlagen, daß Lamus aus Rache und Mordstolz. Das Gericht war der Ansicht, daß Lamus keines weiteren Zuspruchs bei der Verhaftung nicht schuldig sei, weil er sich im Irrtum befand, aber es hätte kein Grund zu der Mißhandlung auf dem Wege zur Wache vorgelegen. Wegen seiner Unbeholfenheit und der begreiflichen Erregung bei der Affaire hätte man die Frage aus mildernden Umständen befragt. Das Urteil lautete auf 75 Mark Geldstrafe.

Aus Dessau wird gemeldet: Wegen Vergehen im Amte in rund 300 Fällen war der frühere Bürgermeister Dr. Stutte von Leipzig seiner Zeit von der hiesigen Strafkammer zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten verurteilt worden. Im Gnadenwege ist diese Strafe jetzt in eine Geldstrafe von 100 Mark umgewandelt worden. So gehört sich's auch! Dafür war der Mann, der rund 300 mal gegen seinen Dienstherrn gekündigt hat, wohl auch eine bewährte Säule im Kampfe wider den Unsturz!

Aus Hamburg wird gemeldet: Der Oberheizer Martin vom Schmelzhammer „Fürst Bismarck“ wurde vom Landgericht wegen Verwehrens mit harten Beleidigungen auf Menschen zu 14 Tagen Haft verurteilt, weil er einem kranken russischen Arbeiter, der wenige Stunden darauf an Diphtherie starb, um ihn zur Arbeit anzukurbeln, glühende Kohlen auf die Nase geworfen hatte. Es lag kein Strafantrag von dem Verstorbenen vor.

Parteiangelegenheiten.

Eine Staatsaktion gegen die Sozialdemokratie.

Aus Straßburg i. E. 19. Februar wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Bei dem geschäftsführenden Ausschuss des Landeskomitees der sozialdemokratischen Partei Elias Lothringens, den Genossen S. Böhle, G. Hoffmann und J. Rastbach hier, sowie bei dem Kontrollrat der christlich-sozialistischen Partei, Genossen E. Fimmel in Saargemünd, fanden gestern abend auf Requisition des Ersten Staatsanwalts am Landgericht Kolmar Verhandlungen statt. Es handelte sich darum, den Nachweis zu erbringen, daß die in den verschiedenen Parteilokalen des Landes bestehenden politischen Klubs (von 20 oder weniger Mitgliedern) eine mit dem Landeskomitee zusammenhängende einheitliche Organisation ohne behördliche Genehmigung bilden. Das Verfahren, das vor 2-3 Monaten in Oelweiler durch eine Strafuntersuchung gegen den dortigen Klub „Vorwärts“ eingeleitet wurde, scheint die Behörde bis jetzt nicht befriedigt zu haben, daher wohl die nächste Generalaktion, die nur bei dem Kaiserhof Hoffmann zu einem Ergebnis, nämlich zur Beibehaltung der Klubs und einiger anderer Papiere geführt hat. Das Vorgehen zeigt unüberkühlt, daß im Land der Ausnahmezeit unter allen politischen Parteien die Sozialdemokratie speziell noch eine Ausnahmehandlung erfährt.

Gegen den Zuchthausurteil. In fast allen größeren Städten Deutschlands haben große Versammlungen stattgefunden, in denen Tausende von Arbeitern erschienen, um Protest einzulegen gegen das Dresdener Urteil. Wir können nicht alle einzeln aufzählen; die großen Summen, welche bereits zu Gunsten der Angehörigen der Verurteilten zusammen gekommen sind, legen Zeugnis ab von der Überwilligkeit der Arbeiterschaft. Der einmütige Protest der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands gegen das Dresdener Urteil sollte den Reaktionsären zu denken geben.

Polizei und Gericht im Kampfe gegen die Sozialdemokratie.

In der unerschämtesten Weise gelogen hatte der Kolporteur Bluta in Livine, indem er die Behauptung aufgestellt hatte, er sei vom dortigen Amtssekretär Müller in dessen Bureau mit einem Stode blutig geschlagen worden. Der hiesige Redakteur sozialdemokratischer Blätter und auch der Korrespondent, Genosse Dr. Winter in Königshütte, wurden auf Antrag des Amtssekretärs wegen Beleidigung bestraft. Genosse Hub, Redakteur der „Bergarbeiter-Zg.“, hatte die betreffende Notiz auch zum Abdruck gebracht. Als er erfuhr, daß Bluta gelogen, brachte er in seinem Blatt freiwillig eine Richtigstellung. Er wurde trotzdem angeklagt und von der Bochumer Strafkammer zu 150 M. verurteilt. Gleichzeitig kam der Urheber der Beleidigung selbst zur Aburteilung; er erhielt sechs Monate Gefängnis.

Die erste Anklage hat jetzt das neue reichslandische Parteigebäude, die seit dem 1. Dezember täglich erscheinende „Freie Presse“, erhalten. Die Anklage führt sich auf den Abdruck einer kolportierten Korrespondenz, in der gewisse Jagdbesitzer einiger Soldaten des dortigen Jägerbataillons einer scharfen Kritik unterzogen waren. Das gesamte Offizierskorps des erwähnten Truppenteils sowie der kommandierende General des 15. Armeekorps hat Strafantrag wegen „Beleidigung“ gestellt.

Verbreitung von Druckschriften während der Zeit der Reichstagswahl. Genosse Hennig hatte während der Wahlzeit in Schönfeld 1. Bezirk Flugblätter verbreitet und ist deshalb mit einem Strafbeschluss von 5 M. bedacht worden. Seine Bestrafung wurde in beiden Instanzen verworfen, trotzdem der Beurteilte bestritt, während der Zeit des Gesetzesverstoßes verteilt zu haben.

Die Strafkammer des Landgerichtes in Königshütte verhandelte gegen den verantwortlichen Redakteur der „Königsberger Volkstimme“, Genossen Rahut, wegen eines Artikels „Das deutsch-englische Abkommen“. Der Gerichtshof erbielt in dem Artikel eine schwere Beleidigung der deutschen Regierung resp. des Reichstags und verurteilte Rahut mit Rücksicht auf seine Vorstrafen zu 6 Monaten Gefängnis. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf 9 Monate Gefängnis.

Das Nationalkomitee der spanischen „Sozialistischen Arbeiterpartei“ hat einen von Pablo Iglesias und Antonio Garcia Cuejido unterzeichneten Aufruf erlassen, das im Mai in Madrid der fünfte Kongress der sozialistischen Arbeiterpartei stattfinden wird. Der Tag soll noch näher bekannt gegeben werden.

Stadt-Chronik.

Dresden, 22. Februar.

Das „Dresdener Journal“ schweigt immer noch, bringt aber in seiner neuesten Nummer einen Leitartikel über „Die Unwahrscheinlichkeit im öffentlichen Leben“. Natürlich meint es die Unwahrscheinlichkeit in der — Politik überhaupt. Die Fälscher über die Unwahrscheinlichkeit lamentieren! Das ist beinahe so grotesk, wie das Bild von dem Jaren mit der Friedenspalme. Die erappten Gauner stellen sich hin und kochen aus Leibstrafen: „Haltet den Dieb!“

Die „Dresdener Zeitung“ schämt vor Mut über unser das Zuchthausurteil behandelnde Flugblatt und seine vortreffliche Wirkung. Man lese:

„Die Verurteilten im Bauernprozess werden hier als Räder für die Angeln der sozialdemokratischen Angler und Prosopeten ausgenutzt. Das Hauptziel ist letzteren die weitere Ausbreitung und Verbreitung der untern Volksschichten und die Erhöhung ihrer Einnahmen; denn davon allein leben sie ja, betreiben ihre Druckereien und ihre Zeitungsunternahmen. Den Armen und Schwachen versprochen sie zu helfen, aber sich helfen sie zuerst von den Großen, die

die „Gläubigen“ zahlen in der Hoffnung, daß damit die neue bessere Zeit herbeigeführt werde wird.“

Und ein paar Zeilen vorher schreibt dasselbe Blatt: „Diese Art Kampfweise mag ihren Lesern imponieren und jungen Leute von Lebensart und Erziehung werden die gleichen Waffen aber nie gebrauchen und sich lieber weiter verläßern und verkommen lassen.“

Das soll auf uns gehen, in Wahrheit aber charakterisiert das Blatt mit diesen Worten aufs trefflichste sich selbst und seine gewisse Kampfweise. In der That, Leute von Lebensart und Erziehung werden die gleichen Waffen, wie sie die „Dresd. Zg.“ uns gegenüber führt, nie anwenden. Zum drittenmale erklären die Herren jetzt in verächtlichen Andeutungen, wir verwenden die für die unglücklichen Opfer des Zuchthausurteils gesammelten Gelder zu unserm persönlichen Vorteil. Von unserer Zurückweisung dieser schamlosen Unterstellung hat das Blatt mit keiner Silbe Notiz genommen. Das ist nicht die Handlungsweise anständiger Menschen, sondern die That von Dallunken. Und mit solchen diskutieren wir nicht länger.

Das unaufrichtigste Blatt in Dresden meint heute, ein Ausnahmegericht gegen die Arbeiter sei nicht nötig, doch müsse man „fest juracieren“. Wie schon das schon unter dem geltenden „Recht“ ginge, bewiese gerade das Zuchthausurteil. Stimmt auffallend! Der Kuriosität halber sei noch mitgeteilt, daß das Blatt diese von ihm empfohlene Methode als — „liberal regieren“ bezeichnet.

„Dresdener Kunst und Leben“, eine in den weitesten Kreisen unbekannt gebliebene Zeitschrift, hat sich auf den ungenutzten Boden der Politik gewagt, und ist dabei — ach, wie jämmerlich! — zu Falle gekommen. Der Zuchthausprozess hat's dem Blättchen angethan, und es schreibt ein Kauges und Breites über die „Bellemung und Angst“, die, wie es entdeckt hat, sich jetzt nach dem Prozess, im sozialdemokratischen Lager bemerkbar machen. Bellemung und Angst! Ist das nun schlechte Psychologie oder absichtliche Entstellung? Wir wollen dem Blatte verzeihen, daß es die Stimmung der Arbeiter nach dem Prozess sehr falsch beurteilt. Wir unterwerfen, die wir doch auch ein wenig „sachverständig“ sind, können den Herren versichern, daß wir noch zu keiner Zeit einem größeren Mut und einer größeren Entschlossenheit in der Arbeiterschaft begegnet sind, als gerade jetzt.

„Ich werde nicht dulden, daß Sie in dieser Weise über das Zuchthausurteil reden!“, erklärte gestern abend der Gesundheitsmann in einer zu Raubstahl abgehaltenen Versammlung dem Rezenten, Genossen Haenisch. Nun, wenn ich über das Urteil selbst nicht reden darf, so werden Sie doch nicht dazugegen haben, das ich über die Konsequenzen dieses Urteils und die Stellung der Arbeiterschaft dazu „sprache“, erwiderte dieser. Die Unwissenlichkeit, diese Konsequenzen zu befragen, sah denn auch selbst Herr Haenisch ein, und da der Redner in seinen weiteren Ausführungen die Bezeichnung „Dresdener Urteil“ vermeidet und nur von „einem Urteil“ sprach, so konnte die Versammlung ungehindert zu Ende geführt werden.

Ein Klassenbrot der „Eiche“ als — Verfechter des Zuchthausurteils. Als in voriger Woche in der Friedrichstraße die Beiträge zu dieser „betannten“ Kasse einliefen, hat der damit beauftragte Klassenbote Haupte sich verschiedenen Frauen gegenüber in sehr abfälliger Weise über die „Sächsl. Arbeiter-Zeitung“ ausgesprochen. Als die Frauen widersprachen, erwiderte sich der gute Mann jetzt und ärgerte u. a. auch über das Zuchthausurteil: „Noch viel mehr hätten sie befohlen müssen; wenn wir — der Mann ist Mitglied der evangelischen Männer- und Jünglingsvereins — nicht wären, dann machen die Sozialdemokraten gar, was sie wollen!“ — Ob dieser artliche Jüngling von der Unaussehbarkeit der von ihm vertretenen Krankheitsart auch so überzeugt ist, wie von der des Zuchthausurteils? — Unbegründet ist diejenige Herr gegenüber Vorlicht am Plage; denn er pflegt auch die Kaiserreden von Bielefeld und Oeynhausen mit in seine Schimpfereien zu verflechten. Der solche Meinungen zu vertreten wagt, und vor allen Dingen, wer Mitglied des evangelischen Männer- und Jünglingsvereins ist, der es sich zum Ziel gesetzt hat, den berechtigten Beschwerden der Arbeiter entgegenzutreten, der ist auch fähig, im Falle einer unbedachten Äußerung sich zum Demagoganten zu erniedrigen. Darum nochmals: Vorsicht!

Eine Unterführung arbeitsunfähiger gewordener Katsarbeiter

wird vom Räte geplant. Es soll diese Unterführung bereit geregelt werden, daß alle Katsarbeiter, welche vor Eintritt der Invalidität zehn Jahre ununterbrochen beim Räte beschäftigt gewesen sind, einen Zuschuß von jährlich 50 M. neben der Alters- oder Invalidenunterstützung erhalten. Das Besondere der eben erwähnten Räte ist die Bedingung zum Bezug des Zuschusses. Die fragliche Unterführung erhalten übrigens nur diejenigen Arbeiter, die sich gut geführt haben und wirklich hilflosbedürftig sind. Gut geführt — eine ganz hübsche Bestimmung, mittels welcher man alle abzumitteln kann, die sich irgend wie in der Katsarbeiterorganisation oder sonst wo durch Betreibungen im Interesse der Arbeiterklasse unbedient gemacht haben. Zur Befreiung des nötigen Aufwandes sollen zunächst 1500 M. in den Hausbalplan eingestellt werden. Die bürgerlichen Zeitungen werden großes Aufsehen mit dieser Angelegenheit machen und viel von der Arbeiterfürsorge des Rates zu erzählen wissen. Um aller Ueberblicklichkeit vorzubeugen, wollen wir hier folgendes festlegen: 1500 M. Unterführung pro Jahr für die genannten Katsarbeiter — 5000 M. Wohnzulage für den Oberbürgermeister.

Unter den Dresdener Schneidern und Schneiderinnen beginnt sich's zu regen.

Wie in einer großen Reihe von anderen Orten, so scheinen auch in Dresden die Schneider in eine Bewegung einzutreten zu wollen. Für heute, Mittwoch, abend ist in das „Atrium“ eine große öffentliche Versammlung einberufen worden, in welcher zu der Frage der Hausindustrie, diesem Krebschaden im modernen Schneidergewerbe, Stellung genommen werden soll. Ein zahlreicher Besuch ist zu erwarten, wie es auch seinem Zweck entspricht, daß die Gesamtarbeiterchaft den Schneidern ihre Sympathie und event. ihre werthvolle Unterstützung entgegenbringen wird. In folgenden Orten ist die Schneiderbewegung bereits in Fuß geraten: Bielefeld, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Erlangen, Erfurt (Firma Kälber), Frankfurt am Main, Gießen, Jagen i. W., Halberstadt, Hamburg, Heilbronn, Jena, Kiel, Landau (Pfalz), Leipzig, Magdeburg, Nürnberg i. Th., München, Nürnberg, Pforzheim, Ulm, Weimar und Wiesbaden.

Zum Streit bei Fischer & Wink. Krampfhaft ist die Firma nach Arbeitern, und demüthet sich vor allem, die im Streit befindlichen, eingearbeiteten Leute wieder zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. So erhielt einer der Streitenden, dessen Frau ohne sein Wissen Herrn F. gebeten hatte, ihren Mann wieder einzustellen, von der Firma folgenden Bericht:

„Begnugnehmend auf die Unterredung mit Ihrer Gattin, teilen wir Ihnen mit, daß wir uns bereit finden, Sie wieder bei uns einzustellen und zwar gegen einen Stundenlohn von 35 Pf. und unter der Voraussetzung, daß Sie Ihre Arbeiten fleißig und gewissenhaft erledigen.“

Unter den Streikbrechern befinden sich auch verheiratete Schneider und Schneiderinnen, die natürlich von den Arbeitern, die sie jetzt verrichten sollen, keine blasse Ahnung haben. Trotz alles Sündens nach Arbeitswilligen, und trotzdem die Firma nimmt, was sie nur findet, fehlen immer noch über sechzig Mann. Ferner ist uns mitgeteilt worden, daß somit 25-30 Jentner Treib- und Frähpans pro Woche fortgeschafft worden sind und jetzt in 14 Tagen 10 Jentner.

Der Streit dauert unverändert fort. Ueberfahren wurde heute mittag zwischen 12 und 1 Uhr auf der Wettersstraße, Ecke Grünstraße, ein Radfahrer durch einen Rollwagen der Firma Jäbke & Sohn, Trachau, der in voller Fahrt um die Ecke bog. Schwer verletzt wurde der Radfahrer in seine Wohnung transportiert. Der Vorfall verurthachte einen größeren Menschenauflauf.

Die Diebe sind gefasst! Der Polizeibericht meldet: „Nach eifrigen Recherchen ist es der hiesigen Polizeibehörde, sowie der Schuhmannschaft verschiedener Ortschaften gelungen, eine Anzahl Personen festzunehmen, welche hinreichend verdächtig erschienen, in Dresden, Niederbühl und anderen Ortschaften schwere Einbruchsdiebstähle ausgeführt zu haben. In der Nacht zum Freitag wurde aus dem Romban

der Kreuzkirche eine Partie Kupferdraht gestohlen, ohne daß es gelang, die Spindeln festzunehmen. Die Polizei in Plauen bei Dresden hatte das Glück, zwei Spindeln, welche die gestohlene Beute (Kupferdraht) in Plauen bei einem Krübler verkaufen wollten, auf frischer That festzunehmen. Einer der Krübler soll schon längere Zeit in einer umliegenden Ortschaft, ohne angemeldet zu sein, gewohnt haben. Ein größerer Teil der Diebstahlsbeute ruht in Wölfnitz und Niederzöbitz. Durch die Landgenossenschaft sind die Langfinger verhaftet und der Strafbefehl zugestimmt worden.

Vermischte Nachrichten. Auf der Strießer Straße versuchte am Montag vormittag ein Herr auf einen Wagen der elektrischen Straßenbahn zu springen. Er glitt ab und stürzte. Dabei erlitt er einige leichte Verletzungen. — Am Sonnabend wurde auf der Porzbergstraße ein 8 Jahre altes Mädchen von einem einpännigen Gespann umgerissen und überfahren. Das Kind erlitt verschiedene Quetschungen, sowie innere Verletzungen. — Unweit der ehemaligen Pulvermühle wurde heute früh der Leichnam eines unbekanntes Mannes aus dem Weisergraben gezogen und behördlich aufgehoben. — Beim Festessen eines Wagens kürzte am Sonnabend vormittag auf der Marienstraße ein 21 Jahre alter Pöcker und wurde überfahren. Er erlitt eine Quetschung des linken Fußes und wurde in das Stadtkrankenhaus gebracht. — Die bei der Kettenschlag-Explosion in Colosseum so schwer verletzten beiden Personen, Gasthofbesitzer Wustlich und dessen Hausdiener, sind so weit genesen, daß sie in 14 Tagen das Carolahaus verlassen können. Leider wird sich bei dem jugendlichen Hausdiener eine dauernde Beeinträchtigung seiner Berufstüchtigkeit herausstellen.

Nachrichten aus der Provinz.

Reid. Als der Gärtnermeister Stein in der Nacht zum Dienstag aus Bruno, wo er sich zuletzt im Restaurant „Zum Rosengarten“ mit einer Anzahl ihm bekannter Personen aufgehalten hatte, nach Reid zurückging, wurde er auf noch unbekannter Weise so schwer mißhandelt, daß er längere Zeit bettungslos liegen blieb. Er kam in einem bedauerlicherweise Zustande in seiner Wohnung in Reid an. Die Untersuchung ist im Gange.

Rabenau. Vor dem Schöffengericht zu Dippoldiswalde standen am 16. Februar der Stuhlauer Richard Wustlich, der Drechsler Paul Walter, beide aus Rabenau, der Stuhlauer Albert Geißler aus Werbau und der Stuhlauer Zinde, zur Zeit im Landesgefängnis in Freiberg (letztere beiden waren zur Verhandlung nicht erschienen) wegen Verletzung des Vereins- und Versammlungsgesetzes. Walter, Geißler und Zinde waren in einer früheren Holzarbeiterversammlung, sowie zu der am 13. November im Gasthof zu Spechtitz abgehaltenen öffentlichen Versammlung, welche sich mit den Rabenauer Stadtverordnetenwahlen beschäftigte, als Teilnehmer tätig. Vom Uebervornachern war die Aufforderung an die Mitglieder ergangen, den Saal zu verlassen, was auch geschah, nur die ebenfalls noch minderjährigen Kellner glaubten, daß die Aufforderung ihnen nicht gelten könnte, da sie zum Bedienen der Gäste und nicht als Versammlungsbesucher anwesend waren. Das Schöffengericht Dippoldiswalde war aber anderer Meinung und verurteilte Walter und Geißler zu je 10 M. Strafe, Zinde zu 20 M. Strafe und Freigabe der Kosten. Gegen den Stuhl-

bauer Richard Wustlich, welcher, als der Uebervornachere die Mitglieder aufforderte, den Saal zu verlassen, zu dem Stuhlauer Zinde auf Befragen gelagt hatte: „Nach meiner Auffassung könnt Ihr drin bleiben. Ihr seid doch zum Bedienen der Gäste bestellt!“ war eine Strafverurteilung von 20 M. ergangen, da er durch seine Aeußerung die Kellner zum Bleiben bestimmt haben soll. Zinde, Walter und Geißler hatten eine Strafverurteilung von 10 M. erhalten. Alle hatten gerichtliche Entscheidung beantragt. Da Zinde aber gegen den Saal und den Gemeindevorstand von Spechtitz anders ausgelegt haben soll, wurde die Verhandlung auf den 16. März vertagt. Auf den Ausgang darf man gespannt sein. Nach unserer Meinung muß unbedingt Freisprechung erfolgen. Nach dem Vereinsgesetz ist den Mitglieder nur die Teilnahme an politischen Versammlungen untersagt. Kellner, die Gäste bedienen, können doch unmöglich als Teilnehmer einer Versammlung angesehen werden.

Rahmitz. Der Bauunternehmer Trepte von hier verschwand unter Zurücklassung einer großen Schuldenlast. Seine Gläubiger haben das Nachsehen.

Vollstedt. Der 18jährige Arbeiter Bettram von hier erstach auf Vorderer Flur einen 50jährigen Mann aus Rabenburg, der sich durch Befehinden ernährte. Der jugendliche Mörder wurde verhaftet, und gefandt die That ein; er ist bereits nach Dresden eingeliefert worden.

Gölln bei Weitz. Eine in Gölln wohnhafte Schifferfamilie ist in tiefe Betrübniß versetzt worden. Diefelbe hatte in Hamburg gelandet. Das Kind im Alter von etwa 5 Jahren war auf das Bettedes Kindes getreten, fiel in die Elbe und konnte nur als Leichnam geborgen werden.

Gölln. Eine auf der Dresdner Straße wohnhafte Zimmermannsche Frau machte ihrem Leben durch Erhängen ein gewaltiges Ende. Der Grund zum Selbstmord soll Schmerz sein.

Pulsnitz. Ein im hiesigen Krankenhaus untergebrachter Geisteskranker sprang in einem unbewachten Augenblicke mit dem Hemd bekleidet, gestern aus dem Fenster des ersten Stockes, ohne Schaden zu nehmen.

Rebau. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich gestern der Thierarzt Förner aus Weisenberg wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und Beamteneubildung zu verantworten. Die 1. 3. in den Feindungen gemeldet wurde, war Förner auf dem hiesigen Bahnhof mit dem Bahnweicheführer Jädel in Streit geraten und hatte den Beamten geschlagen. Förner wurde zu 150 M. Geldstrafe oder 15 Tagen Gefängnis verurteilt. Das Urteil soll im hiesigen Amtsblatt bekannt gemacht werden.

Seiffen. Dem 13jährigen Sohne des Badermeisters Süßle wurde am Freitag abend von einem Jungen aus dem Oberdorf durch einen Steinwurf ein Auge verletzt, das die Schraft verloren ist.

Leipzig. Der Konsumverein für die Ostvorstadt hat in seiner letzten Generalversammlung mit allen gegen zwei Stimmen die Verschmelzung mit dem Konsumverein für Leipzig-Plagwitz und Umgebung im Prinzip beschlossen. Auch die Verhandlungen der übrigen Konsumvereine sind der Frage näher getreten und haben sich einer Verschmelzung mit dem Plagwitzer Verein geneigt gezeigt. Letzterer wird nun feierlich in der übernächsten Freitagabend stattfindenden Generalversammlung zu dem Verschmelzungsprojekt Stellung zu nehmen haben.

zeigt. Letzterer wird nun feierlich in der übernächsten Freitagabend stattfindenden Generalversammlung zu dem Verschmelzungsprojekt Stellung zu nehmen haben.

Zwickau. Das Zwickauer Kohlenlager wird etwa noch hundert Jahre Kohlen liefern. Wie groß der Kohlenreichtum im Zwickauer Revier ist, beweist der Umstand, daß die sieben Aktien-Bereine des hiesigen Reviers von 1894 bis 1897 für 90 575 225 Mark Kohlen geliefert, 47 169 118 Mark Löhne gezahlt, 8 810 670 Mark Dividenden geleistet, 9 508 009 Mark Reingewinn gebracht haben. Daraus kommen noch neun Privatwerke, deren zum Teil sehr günstige Betriebsergebnisse nicht bekannt sind.

Briefkasten.

A. R. Ob die „Dresdner Zeitung“ recht hat, fragen Sie, wenn Sie sagt, daß den Familien der verurteilten Bauarbeiter die Augen über die tolle Blaufarbe der Sozialdemokratie ausgegangen? Aber über die tolle Blaufarbe sind den armen Frauen und Kindern die Augen ausgegangen — aber die herrlichen Rechtsulände in Deutschland sind es, die sie jetzt in ihrer ganzen Schönheit erkannt haben. Die Familien der Verurteilten wissen es sehr wohl, wo sie ihre wahren Freunde und Feinde zu suchen haben. Im übrigen sollten Sie dem Beschwär eines solchen Bländchens nicht so viel Gewicht belegen.

Nicht ein Maurer, sondern der Herr Diakonius Bauer war es, der den Flugblattverteiler, von dem wir in der gestrigen Nummer erzählt, festhielt. Die irrtümliche Angabe beruhte auf einem Mißverständnis. Viele Maurer lütheten sich schwer verletzt durch den Verdacht, daß einer ihrer Kollegen sich zu einer so schoslen Handlungswaise hätte hergeben können.

Letzte Telegramme.

Madrid, 21. Februar. Die Kammer wird morgen einen Antrag der Republikaner auf Einberufung einer Konstituante beraten. — Die Minderheit des Senates beschloß, gegen die Annahme des Friedensvertrages Opposition zu machen. — Die Königin-Regentin wird morgen ein Dekret unterzeichnen, durch das die von den Spaniern gefangen genommenen Philippinos freigelassen werden. — Im Senat erlosb sich bei Fortsetzung der Debatte über den Friedensvertrag ein solcher Lärm, daß der Präsident die Sitzung aufheben mußte.

New-York, 21. Februar. Nach einem hier aus Kingston (Jamaika) eingetroffenen, vom 4. d. M. datierten Briefe, ist dort aus Capenne die Nachricht eingegangen, zwischen den Begleitmannschaften der französischen und der brasilianischen Kommission, die Untersuchungen in der Grenzfrage anstellt, sei es zu einem Zusammenstoße gekommen. Einzelheiten fehlen noch, aber der französische Gouverneur habe 200 Mann Verstärkungen für die französische Kommission entsandt.

Donnerstag den 23. Februar
abends 6 Uhr
Öffentliche
Steinarbeiter-Versammlung
im Saale der „Gülden Aue“, Blumenstraße.
Tages-Ordnung:
Die Unterstüfung der im Dresdner Schwurgericht verurteilten 7 Zimmerer u. 2 Bauarbeiter.
Stand des Streiks der Weber in Preßlau.
Stand der Angehörten auf dem Granitwert von O. Köhler in Meissen.
Gewerkschaftliches.
In jedem Punkt: Debatte.
Kollegen! Sorgt alle für einen guten Besuch der Versammlung und erscheine jeder pünktlich.
Der Vertrauensmann.

Tabakarbeiter!
Sonntag den 26. d. Mts., vormittags 11 Uhr
Grosse öffentl. Versammlung
in Leiperts Gasthof in Pieschen.
Tages-Ordnung:
1. Das Koalitionsrecht, und die Lage der Tabakarbeiter. Referent: Reichstagsabg. Förster.
2. Bericht des Liquidations-Komitees sowie Neuwahl desselben.
3. Letztliche und Fabrik-Angelegenheiten.
In Anbetracht der gegenwärtigen Lage ist es Pflicht eines jeden Tabakarbeiters, zu erscheinen.
Der Einberufer.

Achtung! Achtung!
Die Vertreter der versicherten Arbeiter (Krankenkassen-, Unfall-, Alters- und Invaliden-Versicherung) werden ersucht, die am **Donnerstag den 23. Februar** um 9 Uhr abends im **Restaurant Adam, Raulbachstraße 16**, stattfindende Versammlung zahlreich zu besuchen.
Tages-Ordnung:
Besprechung über ev. Schaffung eines Arbeitervertreter-Vereins f. Dresden u. A.
Pünktlichem Erscheinen sieht entgegen
Der Einberufer.

Allg. Mietbewohnerverein zu Dresden.
Sonntabend den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr
Öffentl. Generalversammlung
im „Weißen Saale der „Drei Haken“, Marienstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Geschäftsberichts und der Jahresrechnung.
2. Bericht der Revisionskommission und Genehmigung der Jahresrechnung.
3. Ergänzung für die auscheidenden Vorstandsmitglieder.
4. Sonstige Anträge von Mitgliedern und Besuchern.
Nur Mitglieder haben Zutritt. Der Vorstand.

Soziald. Verein f. d. 8. jährl. Wahltr.
Sonntag den 26. Februar 1899
11. Stiftungs-Fest
Der politischen Organisation, nur für Mitglieder und deren Angehörige bestehend in
Gesangs- und Instrumental-Konzert.
Eintritt 6/10, Uhr. — Anfang 7/10, Uhr.
Zahlreicher Beteiligung sieht entgegen
Der Vorstand.

Metallarbeiter Plauenscher Grund.
Sonntag den 26. Februar 1899, vormittags 11 Uhr
Öff. Versammlung
im Saale des Gasthofes zum „Deutschen Haus“, Postchappel.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Fleischner über: „Kapital und Arbeit.“
2. Bericht und Neuwahl des Bevollmächtigten. 3. Gewerkschaftliches.
In jedem Punkt Debatte.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Gesucht
zu möglichst baldigem Eintritt ein
Bandagist
auf Bandagen und Leibbinden.
H. Weber
Bandagist
Jülich (Schweiz.)

Kahn's
Garderobengeschäft
Reinigerstr., Ecke Reinhardtstr.
Anzüge auf Lager v. 15 M. an
Paletots „ „ v. 12 M. an
Hosen „ „ v. 1 M. an
u. s. w.
Großes Stofflager zur
Anfertigung nach Maß.
Anzüge von 26 M. an.
Den größten Teil meiner Lager-
sachen lasse ich selbst anfertigen und
bin dadurch in der Lage, auch für
Lagerlachen Garantie zu leisten.

Sobald wieder angekommen:
Photographien
von
Hebel u. Siebknecht.
Preis 50 Pfg.
Die Expedition.

Gänse- u. Hasen-Steuer
wird angenommen
Tauflieg-Gefäß-Handlung,
Kaufhaus, Laden 16, a. d. Mauer.
Wohnung (200 bis 250 M.)
zum 1. April gesucht. Off. u.
J. T. 1867 an die Exp. d. Zig. erb.
Kleine Wohnung zum 1. April
zu vermieten. Preis 120 Mark.
Stegisch, Reichertstraße 42,
2. Et. Aniebnadt.

Nachdruck verboten!
Bockbiers Wirkung.
Bockbier lockt in jeder Schänke,
Dieses süßige Getränk,
Ganz beherrschet es die Saison;
Doch des andern Tags als Nahrung
braucht man einen sauren Harnung,
Der den Kater jagt davon.
Ja, wenn nur nicht auch dabei
Die Klodage ging entzwei,
Holte auch der Leufel:
Nun, die **Goldne Eins** hilft mir
Aus der Klammes ja auch hier,
Ohne allen Zweifel.
Seht zu herabgesetzten Preisen:
Winter-Paletots, früher 10-40, jetzt 8-24 M.
Herren-Anzüge, „ 9-30, „ 7-23 „
Pelerinen-Mäntel, „ 12-40, „ 9-30 „
Loden-Joppen, „ 5-18, „ 4-13 „
Herren-Gosen, „ 3 1/2-16, „ 2-11 „
Knaben-Anzüge, „ 2 1/2-14, „ 1 1/2-10 „
Knaben-Mäntel, „ 5-14, „ 2 1/2-14 „
Konfirmanden-Anzüge
früher 8-23 M., jetzt 6 1/2-16 M.
Dresdens vorteilhafteste Einkaufsquelle
für Herren- und Knaben-Garderoben.
Goldne Eins
(Zus.: Georg Simon)
1. 2. u. 3. Etage **1 Schloßstr. 1** 1., 2., u. 3. Etage
Frack-Verleih-Institut.

Todes-Anzeige.
Allen Verwandten und Freunden sowie seinen lieben
Parteiengenossen die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter
Mann, der Glasmacher
Friedrich Georg Huhle
am 3. Januar in Australien im Alter von 28 Jahren am
Gehirnleiden gestorben ist.
Dies zeigt allen tiefbetrubt an
Rauslig.
Frau **Martha Huhle** geb. Brückner
nebst Eltern und Geschwistern.

Dank.
Allen lieben Freunden, Verwandten und Bekannten sagen wir
hierdurch für die liebevollen Beweise inniger Teilnahme und den über-
reichen Blumenbesand beim Hinscheiden unseres lieben, unvergesslichen
Kindes, unseren herzlichsten Dank.
Rauslig, den 22. Februar 1899.
Die trauernde Familie Zabolt.
Gutgehend. Fisch-, Tapf- und
Grünwarengeschäft
Umstände halber sofort billig zu ver-
kaufen. Off. unter N. 200
in die Exped. dieser Zig. erbeten.
Verantwortlicher Redakteur:
Max Beyer, Dresden.
Druck und Verlag:
Kaden & Comp., Dresden.
100, Gierza 1 Beilage.

Beilage der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung.“

Nr. 45.

Dresden, Donnerstag den 23. Februar 1899.

10. Jahrgang.

Bürgerliche Laienrichter.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht unser Dresdener Bruderblatt, die „Volksmacht“, einen Artikel über das Risiko, aus dem die Geschworenen im Lößbauer Prozeß hervorgegangen sind. Der Verfasser ist, wie er selbst erwähnt, lange Jahre in der Umgebung von Dresden ansässig gewesen. Er schreibt:

Jeder Mensch ist in seiner Bildung, seinen politischen, religiösen und rechtlichen Anschauungen, den geistigen Triebfedern seiner Handlungen ein Produkt seines Milieus. Für jeden Anhänger der marxistischen Lehren ist dies Wissentniss. Lohnt es sich deshalb zu untersuchen, welchen Faktoren es zuzuschreiben ist, daß sich in Dresden ein Schwurgericht fand, dessen nach bestem Wissen und mit bestem Gewissen gefällter Wahrspruch über eine Anzahl Arbeiter Strafen verhängte, deren erschreckende Höhe auf Jahre hinaus noch in dem Munde aller Arbeiter sein wird?

Wir glauben ja, ohne des weiteren darauf hinzuweisen, daß Sachsen, das Musterland des technischen und ökonomischen Fortschritts, das Probierland für landesgesetzliche und kommunale Reaktionspläne, so verschärfte Klassenverhältnisse und so mannigfaltige und merkwürdige Vernichtungsversuche der modernen Arbeiterbewegung zu verzeichnen hat, daß deren Chronik schier unerschöpflich, sich täglich vermehrende Seiten füllt, teils von schmerzlicher Tragik, teils von grotesker Lächerlichkeit besetzt. Denn so unzweifelhaft richtig dieser Hinweis ist, so sind doch bei Betrachtung des Dresdener Urteils noch zwei Umstände lokaler Natur zu beachten, mit denen wir uns für heute etwas beschäftigen wollen. Unter den 12 Geschworenen, die den Dresdener Wahrspruch fällten, befand sich kein industrieller Arbeitgeber; sieben derselben hatten sich dagegen bereits zur Ruhe gesetzt und zehn von den zwölf hatten ihren Wohnsitz nicht in Dresden selbst, sondern in dessen Umgegend. Auch letztere That-

sachen stehen in ursächlichem Zusammenhang, denn die lange Kette von Villenkolonien, die sich von Dresden aus in landschaftlich schönster Gegend die Elbe aufwärts über Blasewitz und Loschwitz zu nach der sächsischen Schweiz und abwärts über Rabenau, Kötzschenbroda usw. nach Meißen zu hinzieht, ist infolge der nahen Kunst- und Residenzstadt, der ausgezeichneten Verbindung mit derselben, den billigen Boden- und Mietpreisen eine bevorzugte Ansiedelungsgelegenheit für Rentiers, pensionierte Offiziere, emeritierte Professoren, privatpraktizierende Apotheker, Kaufleute, Ärzte und Fabrikanten, Landwirte, die sich während ihrer Notleidenschaft genügend Kleingeld gespart haben, um hier in Frieden ihre Tage zu beschließen. In diesen gesellschaftlichen Kreisen lebt der größte Teil der Geschworenen vom Dresdener Zuchthausprozeß.

Sehen wir nun von den Personen der Geschworenen gänzlich ab und betrachten lediglich das Gesamtbild der Massen jener Villenkolonien, so könnte es fast scheinen, daß diese lokalen Verhältnisse geeignet wären, weit eher in den Köpfen des Bürgertums den Thatfachen entsprechende Auffassungen zu erzeugen über den Zusammenhang und die Berechtigung der Arbeiterbewegung mit und in der gegenwärtigen Gesellschaftsperiode, als dies beispielsweise in rein industriellen Gegenden der Fall ist, wo sich neben einer Masse elender Arbeiterhütten und Mietkellern die luxuriösen Paläste der Reichen breit machen. Und kann man nicht von Leuten, die in ihrer übergroßen Mehrzahl den ganzen Tag über wenig oder gar nichts zu thun haben, erwarten, daß sie sich in ihren politischen Ueberzeugungen nicht von der antikenmystischen und konservativen Hejpreß so völlig leiten lassen, daß sie nicht auf den Gedanken kommen, hinter jener vor unseren Augen zu solcher Größe und Macht emporgehobenen Arbeiterbewegung muß doch mehr stecken, müssen doch andere, müssen doch gewaltigere und in der unerbittlichen Logik der Thatfachen wurzelnde Triebfedern zu ergründen sein, als wie die oberflächlichen Seichtbeurteilungen unserer Leiborgane vermuten lassen?

Schreiber dieser Zeilen, der selber fünf Jahre in einem jener Villenorte zubradete und damals, als Angehöriger der bürgerlichen Klasse, gerade jene Kreise in ihren intimsten Regungen zu beobachten die schönste und ausgiebigste Gelegenheit hatte, kann versichern, daß hier auch nicht die geringste Spur von Verständnis für die berechtigten Forderungen der sozialdemokratischen Kulturbewegung zu finden ist. Die mit der mächtigen Entfaltung der Industrie in ganz Sachsen Schritt haltende Entwidlung der Sozialdemokratie hat die bürgerliche Opposition ausgeschaltet. Ueber dem ganzen politischen Horizonte des sächsischen Bürger- und Spekters schwebt der Geist des Friedrichstücker Verblichens und gerade jene Kreise, die joweil Zeit haben, ihren Gedanken nachzugehen, gelangen leicht durch die täglichen Suggestionen der christlich-konservativ-antimilitarischen Hejpreß zu einer blinden Gegenüberstellung des die moderne Arbeiterbewegung aus tiefstem Fernzweckgründe hassenden Sozialistengesetzpolitikers.

So sehen wir auch hier in jenen idyllischen Oasen den Geist des Klassenkampfes in der bürgerlichen Gedankenwelt nicht minder an der Herrschaft als in den verträuchelten Industriezentren, obwohl gerade hier die speziellen Verhältnisse eine ungetrübtere und geklärtere Anschauung, eine gerechtere Abwägung der sich entgegenstehenden Interessen ermöglichen sollten. Die bürgerliche Ideologie ist hier ausgestorben. Ihr alleiniger Erbe ist die Sozialdemokratie. Sie hat bei der letzten Reichstagswahl die drei in Frage kommenden Dresdener Kreise erobert und es wäre zu verwundern, wenn dem nicht so wäre.

Reichstag.

38. Sitzung, Dienstag den 21. Februar 1899, 1 Uhr.

Im Bundespräsidenten: Rieberding, Graf Boladowitz.

Zumächst wird in dritter Lesung die Konfular-Vereinbarung zwischen dem deutschen Reiche und Peru debattiert und genehmigt.

Etat der Reichsjustizverwaltung.

(Zweite Beratung.)

Zum Titel „Staatssekretär“ beantragt

Abg. Beth-Koburg u. Gen. (frei. Sp.) folgende Resolution:

Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ermahnen, in Gemäßheit des Reichstagsbeschlusses vom 22. März 1898 dem Reichstag nach in dieser Session einen Entwurf zur Entschädigung von solchen Personen, welche mit Unrecht Unterwerfung zu erleiden hatten, vorzulegen.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.) (auf der Tribüne schwer verständlich) bricht sich über die Ueberlastung der Reichsgerichtspräsidenten, die aus der Ueberbürdung des Reichsgerichts folgen.

Staatssekretär Rieberding: Auch ich bin von der Notwendigkeit der Entlastung des Reichsgerichts überzeugt; doch kann eine solche nur durch eine Erhöhung der Revisionssumme erreicht werden; leider ist es den verbündeten Regierungen nicht gelungen, den Reichstag hierin zu überzeugen. Doch werden sie nach dieser Sitzung einen zweiten Versuch machen, wenn erst das neue Bürgerliche Gesetzbuch das Bedürfnis nach Entlastung des Reichsgerichts noch mehr dargehen haben wird.

Abg. Korcu (Zentr.): Der Reichstag hat in einer Resolution am 18. Novbr. 1898 die Reichsgerichtspräsidenten, die reichsgerichtliche Regelung der bedingten Verurteilung in Erwägung zu ziehen. Unsere Nachbarländer, besonders Frankreich und Belgien, haben mit dieser Institution die günstigsten Resultate in moralischer und finanzieller Beziehung erzielt. Nach den Berichten beträgt der Prozentsatz der Rückfälligen bei der bedingten Verurteilung in Belgien nur 4 Proz., während im übrigen 50 Proz. der Verurteilten rückfällig werden. Angeht es um günstige Resultate hätte die Regierung wohl eher jetzt bei 10 Jahren abwartende Stellung aufgeben können. Das von ihr eingeführte administrative Begnadigungsverfahren hat sich als vollkommen unfruchtbar erwiesen.

Ich hoffe, daß unsere Regierungen endlich ihre abwartende Haltung aufgeben und zu dem System der bedingten Verurteilung übergehen werden. (Beifall.)

Abg. Müller-Meinungen (fr. Sp.): Ueber die Vorteile der bedingten Verurteilung sind eigentlich alle Parteien dieses Hauses sich einig. Vorzüglich gute Erfahrungen wie in Belgien hat man auch in Frankreich gemacht. Für England gilt das Gleiche. Auch bei uns hat ja man die Regierung eine Art bedingter Verurteilung eingeführt, aber vollständig Mißrat damit gemacht. Schon die neuartigen Ausföhrungen des Kriegsministeriums über die Zunahme der Kriminalität der eingetragenen Mannschaften müssen dahin führen, daß alle Mittel versucht werden, durch die eine Abnahme der Kriminalität herbeigeführt werden könnte. Ich komme damit auf eine andere Frage, die des Strafvollzuges. Die Altersgrenze für die Strafmündigkeit sollte von 12 auf 14 Jahre heraufgesetzt werden. Dann aber ist beim Strafvollzug, soweit derselbe nicht durch die Einführung der bedingten Verurteilung in Belgien kommt, eine strenge Teilung der jugendlichen von den anderen Gefangenen notwendig.

Staatssekretär Rieberding: Die legislativen Vorberätungen zur Herabsetzung der Grenze für die Strafmündigkeit sind eingeleitet worden, und ich hege die Hoffnung, daß sie bald zur Vorlage reifen werden. Ich selbst bin durchaus kein Gegner der bedingten Verurteilung, deren moralische, administrative und finanzielle Vorteile ich anerkenne. Wir haben verhältnismäßig die bedingte Begnadigung eingeführt und ihnen über die Erfahrungen eingehend Bericht erstattet. Nach 2 oder 3 Jahren kann man aber noch nicht von abschließenden Erfahrungen sprechen. Will man die Wirkungen richtig beurteilen, so muß man auch die Straftaten in Betracht ziehen.

Die Vorredner haben nach echt deutscher Sitte alles Nicht auf die ausländischen, allen Sätzen jedoch auf die deutschen Verhältnisse fallen lassen. Im nächsten Jahre wird Ihnen indes eine Denkschrift vorgelegt werden, aus der Sie ersehen werden, daß von einem Mißrat bei uns gar keine Rede sein kann. Bei den verbündeten Regierungen ist ebenso wie beim Reichstag der gute Wille vorhanden, die möglichst besten Resultate zu erzielen. Erören Sie aber nicht unsere vorliegenden Verträge durch übergroße Eile.

Abg. Gradnauer (Soz.): Ich habe mich zum Worte gemeldet, um einen einzelnen Fall zur Sprache zu bringen, der mit von sehr erheblicher prinzipieller Bedeutung zu sein scheint. Es handelt sich um eine Angelegenheit, die erwachsen ist auf dem Kaiserlichen Boden deutscher Reichsgerichts vom 10. Dezember 1898, das — wie mir scheint — mit grundlegenden reichsgerichtlichen Bestimmungen im vollsten Widerspruch steht. Der Inhabere ist kurz folgender: Vor der letzten Reichstagswahl vertrieben in der Stadt Dresden auf einigen Straßen und Plätzen Personen, die der sozialdemokratischen Partei angehören, Flugblätter zu Wahlzwecken. Sie hatten dies, weil es bei früheren Wahlen auch so üblich gewesen war und nach dem Erachten dieser Personen durch den § 43 der Gewerbeordnung erlaubt ist. Jene Leute haben aber wegen dieser That ein polizeiliches Strafmandat erhalten und die Sache hat dann die Gerichte beschäftigt. Es wurde den Leuten zum Vorwurf gemacht, daß sie sich gegen die Verleumdungsordnung der Stadt Dresden, die durch die dortige Ortspolizei im Jahre 1897 herausgegeben war, veründigt hätten. Schließlich wurde dann durch das Oberlandesgericht das Erkenntnis ausgesprochen, daß die Polizei berechtigt gewesen wäre, dies Strafmandat zu erlassen. Auch zur Wahlzeit die Verteilung von Flugblättern zu Wahlzwecken in einer ganzen Anzahl von Straßen und Plätzen Dresdens ohne polizeiliche Genehmigung nicht gestattet. Ich möchte gleich bemerken, daß die Strafe verhängt wurde, ohne daß den betr. Personen irgend eine wirkliche Verleumdung zum Vorwurf gemacht worden wäre. Von der Verurteilung wurde nun der § 43 der Gewerbeordnung vorgezogen und das Oberlandesgericht hat sich auch mit der Frage beschäftigt, inwieweit die Polizeiverordnung sich mit diesem Paragraphen zusammenreimen lasse. Es hat die Meinung ausgesprochen, daß das Verbot, welches in § 69 jener Dresdener Verleumdungsordnung enthalten ist, durch den § 43 der Gewerbeordnung gar nicht berührt werde. Es hat gesagt, der § 43 befaßt sich nur mit der Verteilung früherer landesgesetzlicher Bestimmungen, die der persönlichen Zulassung zum Gewerbebetriebe im Wege ständen. Durch den § 43 Absatz 3 und 4 sollten aber in seiner Weise die Maßnahmen der Sicherheitspolizei befreit oder überfällig gemacht werden. Weiter wurde behauptet, es liege im § 43 nichts über die Art der Ausübung, des dort gegebenen Rechtes gesagt worden und über die Art der Ausübung behalte die Polizei sich Bestimmungen vor. Das Urteil gipfelt in folgenden Worten: „Es muß daher ein allgemeines Verbot der Polizeibehörde aus sicherheitspolizeilichen Gründen für bestimmte Straßen erlassen werden, das die Verteilung von Flugblättern trotz der Vorschriften Absatz 3 und 4 des § 43 der Gewerbeordnung in soweit für gültig erachtet werden, als von ihm auch Wahlflugblätter im Sinne des § 43 getroffen werden.“

Nun bin ich aber der Meinung, daß das Oberlandesgericht hier eine völlig falsche Auslegung getroffen hat, und sich in vollstem Widerspruch gesetzt hat mit den Absichten, welche seiner Zeit gerade dieses Haus geleitet hatten, als es die Absätze 3 und 4 in den Paragraphen hineinbrachte. Daher hat der Reichstag eine besondere Billigkeit, sich mit diesen Urteil zu befassen. Es ist allerdings richtig, daß dieser Paragraph von der persönlichen Zulassung zum Gewerbe handelt und daß bei der Beratung im Jahre 1891 es sich bei der Herabsetzung dieses Paragraphen in erster Linie darum handelte, die landesgesetzlichen Beschränkungen der Zulassung gewisser Kategorien von Personen aufzuheben und allen Personen das Verteilen von Flugblättern zu ermöglichen. Aber wenn man da herauslesen will, daß der Reichstag nicht die Absicht gehabt hat, solchen Beeinträchtigungen jenes Rechtes entgegenzutreten, so kann davon keine Rede sein. Wenn der Reichstag damals einen solchen Versuch gemacht hätte, hätte er ausdrücklich erklärt, daß er auch solche Beeinträchtigungen ausschließen wolle. Es muß unbedingt zugegeben werden, daß die Art der Ausübung eines Rechtes der Polizeibehörde zur Beurteilung überlassen bleibt. Gewiß die Verteilung der Flugblätter kann in einer solchen Weise vor sich gehen, daß die Polizei das Recht hat, dagegen einzuschreiten, aber das Oberlandesgericht hat das Kunststück vollbracht, zwei ganz verschiedene Begriffe zu verwechseln. Das Recht etwas auszuüben mit der Art, wie dieses Recht ausgeübt werden darf. (Sehr richtig! links.) Ich will nur auf die Konsequenzen hinweisen. Wenn man gebietet, daß im Zentrum einer großen Stadt und auf einer ganzen Reihe von Plätzen das Recht

der Flugblätterverteilung mit einer polizeilichen Genehmigung verknüpft sein soll, dann wird gerade das Gegenteil davon erreicht, was die Gewerbeordnung ausdrücklich vordrückt, nämlich, daß die Verteilung von Flugblättern nicht an polizeiliche Genehmigung geknüpft sein darf. Was allgemein vom Reichsgebot erlaubt ist, das kann unmöglich für ein gewisses Territorium von der Polizei verboten werden. Wenn die Praxis eingeführt werden sollte, thäte man gut, als Motto über unsere Reichsgerichtspräsidenten zu setzen: „Die Reichsgerichte gelten so weit, als es die Polizei erlaubt.“ (Sehr gut! b. d. Soz.)

Die Polizei könnte ja noch viel weiter gehen. Sie könnte Bezirk um Bezirk, also schließlich die ganze Stadt ausnehmen von den Bestimmungen der Gewerbeordnung, sie könnte auch innerhalb geschlossener Verwaltungen das Verteilen des Wahlzettels, sie könnte auch für Wohngruppen ordnungspolizeiliche Bedenken erheben. Es ist von dem Abg. Riederer seiner Zeit ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß man Vorkehrungen dagegen treffen müsse, daß nicht auch Stimmgelbe am Tage der Wahl auf der Straße konfisziert werden könnten. Wenn diese Verordnung in Dresden zu Recht besteht, so kann das in der That leicht geschehen. (Sehr richtig! links.) Es wird also durch diese Verordnung in der aller ungehörigsten und widersprechlichsten Weise ein Grundrecht des Volkes autorisiert gemacht, ein wichtiges Mittel für den allgemeinen Wahlrecht wird vernichtet. Man hat die landesgesetzlichen Bestimmungen aufgehoben, damit die die Reichstagswahl nicht stören. Und nunmehr ist die Polizei an ihre Stelle getreten, nunmehr ist die Polizei Herrin über die Reichstagswahl. (Sehr gut! links.) In Sachen ist das Wahlrecht den höheren Kreisen eben verhasst, Regierungsorgane haben dort es ja offen ausgeprochen, daß sie es zerstören wollen. An diesem Werke arbeiten dort die herrschenden Kreise Hand in Hand mit den Behörden. Da aber das Reichstagswahlrecht und dessen gesetzliche Befreiung nicht von ihnen abhängt, so suchen sie auf Um- und Schleichwegen an dieses Wahlrecht heranzukommen. Meine Herren, es ist traurig und beschämend, wenn die Justiz sich in den Dienst derartiger Dinge stellt. (Sehr richtig! links.) Bei den Sozialdemokraten. (Unruhe rechts.) Das Oberlandesgericht hat es ja gesagt, ausdrücklich zu erklären: „Das auch vor dem Gesetz eine Partei anders als die andere behandelt werden müsse.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

So dürfen Sie sich also auch nicht darüber wundern, daß die Justiz von dem Volke immer als eine Partei, als eine Klassenjustiz aufgefaßt wird. (Sehr richtig! links.) Ich bitte den Herrn Staatssekretär, sich über jene Bestimmungen auszusprechen. Derartige Bestimmungen richten sich natürlich nur gegen die Sozialdemokratie. In Sachen ist die Sozialdemokratie die einzige ernsthafte Oppositionspartei überhaupt. Die Sozialdemokratie wendet sich an die Masse des Volkes, sie will den einzelnen Mann auf seine Rechte und Pflichten aufmerksam machen. Die konservative Partei macht ihre Wahlen am liebsten ohne die Oeffentlichkeit. (Sehr richtig! links.) Sie will die Masse des Volkes in vollständiger geistlicher Gedankenlosigkeit erhalten. (Unruhe rechts.) Weil wir den § 43, Absatz 3, der Gewerbeordnung notwendig brauchen, deshalb sucht man ihn in Sachen zu unterminieren. Aber die Herren mögen doch bedenken: Was wird man damit überhaupt erreichen? Es ist ja nicht das erste Mal, daß man hier im Reichstags über sächsische Verhältnisse sprechen muß. Seit dem Fall des Sozialistengesetzes hat man dort das, was das Sozialistengesetz erreichen sollte, durch künftliche Auslegungen der bestehenden Gesetze zu erreichen gesucht. Man hat versucht, das Koalitionsrecht einzunengen, der große Unfugparagraph muß immer wieder ausfinden. Und der Erfolg? Der Erfolg ist der, daß sämtliche drei Dresdener Kreise jetzt sozialdemokratisch vertreten sind. Wenn Sie das gemerkt haben, dann fahren Sie nur fort auf diesem Wege! Dadurch zerstören Sie am liebsten den letzten Rest von Vertrauen zur sächsischen Justiz, das im Volke etwa noch vorhanden sein sollte! (Sehr richtig! links.) Bei den Sozialdemokraten.) Man mag nun forschen, mit solchen Gewaltthaten, die sich äußerlich in rechtlichen Formen vollziehen, und Gewaltthaten, wie wir eine im Eubaner Urteil erlebt haben. Der Sozialdemokratie kann man den Weg zwar erschweren, aber man wird sie in ihrer Verbreitung nicht hindern. Für das sächsische Rechtsleben aber gilt das Dichtermotiv, das die Thematik dort von sich sagen könnte:

Demut, o Zeus, hab' ich den Schimpf verschuldet,

Das man mein Bild in diesem Hause duldet?

(Beif. Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Sächsischer Generalstaatsanwalt Hüger: Der Vorredner hat die sächsischen Behörden angegriffen, ich will aber auf diese Einzelheiten nicht eingehen. Daß die sächsischen Behörden nicht auf die Zustimmung der sozialdemokratischen Partei rechnen dürfen, ist ihnen selber wohlbekannt. (Sehr gut! rechts.) Der Vorredner hat aber auch ein Urteil des sächsischen Oberlandesgerichts hier zur Sprache gebracht, und darüber will ich einige Worte erörtern. Bei dieser Angelegenheit handelt es sich darum, ob eine Polizeiverordnung zu Recht besteht. Der Vorredner hat diese Frage verneint, das Oberlandesgericht Dresden war entgegengelegter Meinung. Ich halte die Entscheidung des Dresdener Oberlandesgerichts für durchaus begründet und berechtigt, sie ist auch unter meiner Zustimmung gefaßt worden. (Al! links. Bravo! rechts.) Ich brauche mich aber darüber nicht weiter auslassen (Cho! links), denn es handelt sich hier um ein richterliches Urteil, das hier vom Reichstag nicht angefochten werden kann. (Bravo! links rechts.) Dem Reichstags steht jede gefehlmäßige Möglichkeit, das Urteil hier zu kritisieren (Sehr gut, rechts) und ich habe für die erhobenen Angriffe nichts anderes übrig als kalte Zurückweisung. (Vorn b. d. Soz.) (Sehr gut, rechts.) Der Herr Vorredner hat die sächsische Justiz eine Klassenjustiz genannt (Abg. Bethel: Sehr richtig!), das Dresdener Urteil einen Akt brutaler Gewalt. (Abg. Bethel: Sehr richtig!) Unter dem Schilde der Redefreiheit treibt man hier einen Mißbrauch der Redefreiheit. (Vorn links, viele Abgeordnete erheben sich.)

Herrnpräsident v. Frege: Ich bitte den Redner nicht zu unterbrechen. (Rufe links: Zur Ordnung! Ungehört!) Ich bitte um Ruhe. (Cho-Rufe links.)

Redner (fortfahrend): Ich wiederhole, wenn man hier Urteile als brutale Gewaltthaten bezeichnet, so ist das ein Mißbrauch der Redefreiheit. (Sehr gut! rechts, erneuter Vorn links. Abg. Stadthagen: Dann müssen die Urteile anders ausfallen!) Ich wiederhole, der Reichstag hat kein Recht, gerichtliche Urteile anzufechten. Ich habe keine Veranlassung, mich weiter in die Debatte einzulassen. (Beifall! Bravo! rechts. Vorn links.)

Auf eine Anfrage des Abg. Daffermann (natl.) erwidert: Staatssekretär Rieberding, daß ein Entwurf zum Schutze der Forderungen der Bauarbeiter ausgearbeitet und einer Sachverständigenkommission zur Prüfung unterbreitet worden ist. Die Kommission habe sich dahin ausgesprochen, daß der Entwurf die Wünsche der Bauarbeiter nicht befriedige und werde demnach die Prüfung einer neu aufgestellten Vorlage vornehmen.

Abg. Dr. Böckel (natl. Antij.) wünscht Erweiterung der Zuständigkeit der Amtsgerichte etwa bis zu Objekten von 500 bis 600 R., sowie Abänderung der Bestimmungen der Zwangsvollstreckung.

Staatssekretär Rieberding: Manche Bedenken des Vorredners gegen die Zwangsvollstreckung werden verschwinden, wenn das Bürgerliche Gesetzbuch in Kraft treten wird. Die Frage der Beamtensqualifikation der Gerichtsbeamten liegt sehr schwierig; wir behalten sie fortgesetzt im Auge.

Abg. Beth-Koburg (frei. Sp.) begründet seinen Antrag auf Entschädigung solcher Personen, die mit Unrecht Unterwerfung zu erleiden hatten. So schnell als möglich sollte die

Entschädigung solcher Personen, die mit Unrecht Unterwerfung zu erleiden hatten. So schnell als möglich sollte die

Entschädigung solcher Personen, die mit Unrecht Unterwerfung zu erleiden hatten. So schnell als möglich sollte die

Gesetzgebung hier Rematur schaffen. Man braucht sich nur an das Analogon der Geschicklichkeit unschuldig Beurteiler zu halten.

Abg. Dr. Gradnauer (Zentrum) kommt nochmals auf die Frage der bedingten Verurteilung zurück und auf die Auslegung der Strafvollstreckung. Im Sinne einer Verminderung der Kriminalität sei die bedingte Verurteilung sehr wünschenswert und der bedingten Verurteilung jedenfalls vorzuziehen.

Die Weiterberatung wird hierauf auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. Außerdem: Etat für den Reichstag, das Reichsfinanzamt und das Reichsjustizministerium.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Bewegung der Straßenbahnangestellten in Stuttgart. Die Straßenbahnangestellten haben in einer Sitzung eine Resolution gefaßt, in der es heißt:

Die heutige Versammlung der Führer und Schaffner hält eine Organisation zur Wahrung ihrer Interessen für notwendig und wird sich, gestützt auf die gesetzlich gewährte Vereinigungsfreiheit, auch ferner das Recht wahren, Versammlungen zu besuchen und sich zu organisieren. Sie verurteilt die Entlassung ihrer vier Kollegen, erklärt sich mit ihnen solidarisch und ersucht die Direktion, deren Entlassung zurückzunehmen zu wollen und die Freiheit der Organisation anzuerkennen.

In eine Kommission, die die Forderungen der Direktion unterbreiten soll, wurden vier Schaffner und ein Führer, ferner der Arbeitsekretär Mattutat und Redakteur Hildenbrand gewählt.

Den englischen Bergarbeitern ist soeben ein großes Zugeständnis von den Unternehmern gemacht worden. Der Einigungsaußschuß der Kohlenindustrie, bestehend aus Vertretern der beiderseitigen Verbände, hat dieser Tage in London Sitzung gehabt. Die Unternehmern bewilligten nach langer Diskussion eine Erhöhung von 5 Prozent vom Monat April ab, die weitere Erhöhung um 2 1/2 Prozent tritt vom 1. Oktober an ein. Das ist also, wie in unserem nächsten Berichte aus Galesford mitgeteilt wurde, die volle Forderung der Arbeiter.

Politisches aus Sachsen.

Ein lustiges Polizeistückchen wird uns aus Deuben bei Dresden berichtet: Dort macht jetzt der bekannte Brigadier Zeugfang über das Wohl der Bevölkerung; mit ganz besonderem Eifer aber nimmt er sich sozialistischer Versammlungen an. Kürzlich aber schien es, als sollte einmal eine Versammlung ohne den eifrigen Ordnungshüter stattfinden. Die festgesetzte Zeit war schon überschritten, die Versammlung wurde eröffnet und noch war kein Zeugniss zu sehen. Die Versammelten konnten sich erst nach einiger Zeit von ihrem Staunen erholen und ihr Augenmerk der richtigen Tagesordnung zuwenden, deren erster Punkt vom Gesonnen Sindermann behandelt wurde. Schon glaubte man allgemein des Zeugnisslichen Schutzes entbehren zu müssen, als die Thür aufging und der Gewaltige hereinströmte. „Halt! Das ist eine unangemeldete Versammlung,“ rief er erregt; „sämtliche Anwesende bleiben hier, alle werden aufgegriffen.“ Er forderte das Mitgliederverzeichnis. Anstandslos bekommt er dasselbe ausgehändigt. „Ich werde jetzt die Mitglieder verlesen. Jeder antwortet mit Hier. Ich fange an,“ spricht Herr Zeugfang. (Allgemeine Verblüffung.) Herr Zeugfang hatte schon vergeblich ein paar Mitglieder aufgerufen, die nicht da waren, als ihm Genosse Sindermann den Standpunkt klar und begrifflich machte, daß er sich eine Angehörigkeit erkaufe, wie sie sogar in Sachsen noch nicht zu verzeichnen sei; „Abßt seine (Zeugniss) Aufsicht einer Versammlung wegen unangenehmer Heizung des Lokales würde dadurch in den Schatten gestellt. Endlich begriff Herr Zeugfang, daß es sich hier um eine ordnungsgemäß angemeldete Versammlung handelte und machte keine Einwendungen mehr, als Genosse Sindermann darauf in seiner Rede fortfuhr.

Das „Vaterland“ benutzt das Urteil gegen die Löttauer Bauarbeiter zu einem Heftartikel gegen die Sozialdemokratie, in welchem geflüchtete Maßregeln gegen die Sozialdemokraten gefordert werden. Es donnert ganz gewaltig gegen die unselige Halbheit und Wutthierigkeit in den bürgerlichen und Regierungskreisen.

„Man erkennt wohl das Uebel!“ — so zertert das Blatt — „aber man findet nicht den Mut und die Entschlossenheit, mit aller Strenge und, wenn es Not thut, auch mit den schärfsten Mitteln dagegen einzuschreiten. Und wird einmal ein Schuldiger gepackt und der gerechten Strafe überliefert, so stellt sich oft genug eines falsche Mittel ein, das bewirkt, daß dieselben Personen, die eben noch die öffentlichen Gewalten zum Schutz gegen den Uebelthäter herbeigerufen haben, gegen dieselben sich wenden, indem sie die über den Schuldigen verhängte Strafe zu hart und den Urteilspruch grausam finden. Das hat sich jetzt auch wieder bei den Vorgängen in Löttau gezeigt, und gerade darin sehen wir das gefährlichste und bedenklichste Moment bei der ganzen Sache.“

Das Uebel sind natürlich die Sozialdemokraten. Das dieses Blatt solche Töne anschlagen werde, war zu erwarten; in einem neuen Sozialistengesetz erklärt es schon seit langem das Allheilmittel gegen alle Leiden der Gesellschaft. Das das Blatt anlässlich des Justizhandelsurteils keine anderen Töne findet, zeigt, daß selbst das konservative Blatt reaktionärsten Kalibers eigentlich nicht recht weiß, was es mit dem Urteil anfangen soll.

Der Teil der bürgerlichen Presse, der das Urteil zu kritisieren wagte, erhellt auch sein Teil; diejenige wird der Versuchung überhaupt abgeprochen. Das Blatt schreibt: Eins aber ist klar: Die Art, wie jetzt auch ein großer Teil der bürgerlichen Presse über die Löttauer Vorgänge und den bei diesem Anlaß gefällten Urteilspruch urteilt, ist so ungefähr das Gegenteil von dem, was vom Standpunkt des gesunden Menschenverstandes aus hätte erwartet werden müssen.

Natürlich klingt das Moment in eine Aufforderung an die bürgerlichen Parteien aus, sich nun endlich aufzuraffen und dahin zu wirken, daß die bürgerliche Gesellschaft, deren Unfähigkeit im gegenseitigen Kampfe gegen die Sozialdemokratie sich herausgestellt hat, in den Hofen eines neuen Sozialistengesetzes einläuft. Wir kennen das Lied, wir kennen den Text; es ist das ganze geistige Pathos, das den Kontrast im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zur Verfügung stellt.

Der Bezirksverband der freisinnigen Volkspartei der Oberlausitz hielt am Sonntag in Ostritz in Ostria von 33 Delegierten besonnen Parteitag ab. Zum Vorsitzenden des Verbandes wurde wiederum der frühere Reichstagsabgeordnete Buddeberg gewählt.

Nachrichten aus der Provinz.

Reit. Der über das hiesige Restaurant „Zum Thasslöcher“ verhängte Besatz hat bereits ein recht eigenartiges Verfahren der behördlichen Organe gezeigt. Einige Schulkinder hatten eine Anzahl der den Boykott proklamierenden Flugblätter gefunden und mit in die Schule gebracht. Das war bekannt geworden; klagte erschienen zwei Polizeibeamte und stellten ein Verhör über die Herkunft dieser Blätter an. Sonderbare Unerfahrenheit! Die Beamten hofften wohl, auf diese Weise zu erfahren, von wem die Flugblätter ausgegangen? Selbstverständlich mußte das Verhör ergebnislos verlaufen. Wir müssen es aber überhaupt aufs entschiedenste verurteilen, daß Kinder auf solche Art in die Vernehmung gebracht werden, gegebenenfalls Erwachsende oder unter Umständen gar die eigenen Eltern zu denunzieren. Und von dem Leiter der Schule hätte man erwarten sollen, daß er nicht dulden würde, daß politische Polizeirecherchen in seinem Bereiche geführt werden, da solche als durchaus unvereinbar mit den erzieherischen Zwecken der Schule erscheinen.

Einigen Gläubigen war es übrigens am Abend noch vergönnt, einen Polizeiangestellten in der Kleidung eines Arbeiters einhergehen zu sehen. — Zu welchem Zwecke? Für einen Mann, der im Glanze der Uniform einherzugehen gewohnt ist, bedeutet es doch schon ein großes Opfer, einmal Zivilkleidung anzulegen — und noch dazu das „anrüchliche“ Kostüm eines Arbeiters. Aber der Ehre will offenbar die Rolle des Ruffen Darun-al-Naschid nachahmen, der sich in der Kleidung gewöhnlicher Leute unter das Volk mischte, um aus dessen Gesprächen die für sein Amt erforderliche Weisheit zu erlangen. Wir machen auf dieses selbige Benehmen aufmerksam. Zu erkennen ist der Trugs daran, daß er am Stode geht und hint, nur scheint er darüber unklar zu sein, welches Bein das lahme ist, denn manchmal hint er rechts, meistens aber links!!

Großburgl. Sonderbare Feilsche haben wir in unserem Gemeinderat. Als vor einiger Zeit der neue Freiherr v. Burgl seinen Einzug in das Schloß seiner Väter, die den schlichten Namen Dasse führten, hielt, da wurde er in jeder Hinsicht von dem getreuen Gemeinderat und sonstigen Getreuen eingeholt und in das Schloß geleitet. In dieser Ovation für den Kohlenbaron beteiligte sich auch das Gemeinderatsmitglied Müller Baumgart. Baumgart ist allerdings jetzt Vertreter der Hausbesitzer im Gemeinderat, hat aber bis vor kurzem fünf Jahren für die Sozialdemokratie zum Gemeinderat kandidiert. Ob er sich selbst noch für einen Sozialdemokraten hält, wissen wir nicht, daß er aber von vielen seiner Arbeitskollegen noch dafür gehalten wird, ist eine Thatsache. Hoffentlich werden diese nun von ihrem Glauben lant.

Gläubigkeit. Hier ereignete sich ein Unglücksfall, der von den traurigsten Folgen begleitet sein konnte. Das jährliche Lötterchen des Uhrmachers Raubert lief direkt in ein Geschirr hinein und kam vor die Räder des mit Steinen beladenen Wagens zu liegen. Glücklicherweise gelang es dem Geschirrführer, dem ein Verfallenden nicht beizumessen ist, die Pferde zum Stehen zu bringen, so daß das Kind mit einigen Querschnitten an der Schulter davonkam.

Löttau. Die Antisemiten scheinen uns mit einer Kandidatur Zimmermann beglücken zu wollen. Der Maulheld und Phrasendrescher hat uns gerade noch gefehlt. Viel Erfolg wird er ja nicht haben; jedenfalls wird er mit weit größerer Behemung herunterfallen, wie bei der 1898er Wahl, also zu einer Zeit, wo der Antisemitismus sich zu seiner ganzen Freiheit entfalten konnte. Wenn er damals schon kein Glück hatte, ist es sicher jetzt, wo die Judenreifer vor dem Vankertat stehen, erst recht nicht. Am Sonntag gab der jungemgebende „Wacht“-Direktor eine Vorlesung, die wahrscheinlich die Einleitung der antisemitischen Wahlkampagne darstellen soll. Vor einer geringen Zahl Zuhörer verbreitete sich Zimmermann über Jaurès Tod, die Dreyfußaffäre und die neuesten politischen Ereignisse in Deutschland, um dann über die Juden herzugreifen. Trodem Zimmermann seine ganze Zungenkraft aufbot, dürfte der Erfolg ein sehr minimaler sein. Zum Schluß ging man auf den Abonnementfang für die „Wacht“. Wenn dieser antisemitische Vorstoß auch ziemlich kläglich ausfällt, so ist er immerhin ein Zeichen eines nahenden, heftigen Wahlkampfes. Unsere Löttauener Genossen werden gut thun, schon jetzt die Vorbereitungen zur Wahlkämpfe zu treffen. Der Kreis muß diesmal unter werden, und er wird es sicher, wenn die Genossen ihre volle Schuldigkeit thun und zeitig auf dem Posten erscheinen.

Leisnig. Wegen Brandstiftung wurde der vormalige Besitzer der Windmühle in Miltwitz, Hoffmann, zu 5 Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. D. hatte am 25. August v. J. sein Grundstück vorsätzlich in Brand gesetzt und war dann verzeilt.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht.

r. Verurteilte Klage. Auf einem Grundstück des Bauunternehmers Raad waren im November v. J. Arbeiter mit Ausschachten beschäftigt, und zwar in Teichau auf der Straße Nr. 24. Eines Tages, am 14. November, verlangten die Arbeiter mehr Lohn. Der Unternehmer bewilligte diese Forderung nicht ohne weiteres, und da die Arbeiter ganz planlos ohne jede Organisation handelten, mußten sie entweder in den alten Bedingungen weiter arbeiten, oder ihrer Wege gehen. Sie thaten das letztere, nur der 44 Jahre alte Arbeiter Dellinger wollte ausbleiben und verlangte deshalb seinen Lohnzeitel, nicht den Lohn, der laut Vertrag erst am nächsten Sonntag verlangt werden konnte. Der Schlichter Richter verzögerte diesen Lohnzeitel und es kam deshalb zwischen Beiden zu Differenzen. Richter ging schließlich davon, um Polizei zu holen. Da soll nun Dellinger mit drohend erhobener Schaufel hinterrück gelassen sein und ausgerufen haben: „Du Lump, ich schlage dich tot, es ist mir egal und wenn ich ins Zuchthaus komme, denn ich bin ein Bauer.“ (D. stammt aus Banern.) So behauptet es die Anklage und Zeuge Richter bestätigt es. Zwei andere Zeugen haben vom Schimpfen nichts Bestimmtes verstanden, bestätigen aber unter Eid, daß D. die Schaufel in der Hand gehabt hat. D. bestritt das entschieden und der Zeuge Lined — dem Dialekt nach ein Ausländer — erklärte ebenfalls auf das Bestimmteste, daß D. die Schaufel nicht in der Hand gehabt, sondern in den Sand gelassen habe. Jetzt entwickelte sich nun eine außerordentlich gespannte und peinliche Scene. Vorprüfer und Staatsanwalt machen den Zeugen, jedes Wort betonend, darauf aufmerksam, daß bezüglich der Schaufel drei Zeugen das Gegenteil beschworen haben. Der Zeuge solle sich ja richtig bestimmen. Er könne sich doch möglicherweise geirrt haben. Der Zeuge bleibt dabei, daß er sich nicht irre; er könne und müsse das, was er gesehen habe, beschwören. Er bezeugt die anderen Zeugen der Lüge. Er wird gefragt: „Haben Sie heute vielleicht schon getrunken?“ „Jawohl, Kaffee habe ich getrunken,“ lautet die Antwort. Die Zeugen werden nun einander gegenübergestellt — sie bleiben alle auf ihrem Standpunkt stehen. Auf Antrag des Staatsanwalts werden nun die wichtigsten Momente dieses Teiles der Vernehmung ausführlich protokolliert. Und nun wird der Zeuge Lined verurteilt (H). Der Staatsanwalt hält nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme die Anklage wegen versuchter Mordtötung nicht aufrecht, sondern er will den Angeklagten nur wegen Bedrohung bestrafen lassen. Das Gericht ging über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und verurteilte Dellinger wegen versuchter Mordtötung zu 3 Monaten Gefängnis. Der Zeuge Lined wurde nach der Verhandlung wegen Verdacht des Meineides sofort verhaftet.

r. Krankenassen-Verwaltung. Der Baugewerke Karl Alfred Rehle von hier führte im Jahre 1897 in Ostria einen Neubau auf. Er jog nun wohl den bei ihm beschäftigten Arbeitern regelmäßig die fälligen Beiträge zur Ostria-Krankenkasse ab, verwendete dieselben aber, statt sie an die Kasse abzuliefern, in seinem Nutzen. Die Kasse wurde dadurch um 80 Mk. 88 Pf. geschädigt. Der Angeklagte kam sehr glimpflich davon, er wurde nur zu 100 Mk. Geldstrafe cond. 10 Tagen Gefängnis verurteilt.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Verein für den 4. März hielt am 11. Februar im Restaurant „Vergnügungsmittel“ in Pieschen eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung ab. Genosse Fräudorf sprach über: „Militarismus, Marineismus und Kolonialpolitik.“

Anknüpfend an den Friedensvertrags des Jans, welcher uns nun sympathisch sein könne, betraucht Redner die ungeheuren Militäraufgaben, welche nicht nur auf Deutschland, sondern auf allen Kulturstaaten ruhen und weist darauf hin, daß trotz Friedensvertrags, trotz der ungeheuren Rüstungskosten, immer wieder neue Militär- und Marineforderungen aufstauen. Unter der Vorgabe, es müsse die immer größer werdende Handelsflotte geschützt werden und neue Abgabengebiete für unsere Industrie eröffnet werden, bewilligt man im Reichstage Millionen und Abermillionen zur Erhaltung unserer nichts einbringenden Kolonien und zur Erbauung von Kriegsschiffen. Redner beipflichtet darauf die dringendsten Forderungen: die Abrüstung, Verminderung der Arbeitslosen, beschleunigtes Tempo der Sozialreform als Aufgabe der Regierung, denn Wahrung der Volkswirtschaften solle Aufgabe der Regierung sein, in Wirklichkeit sei dies aber vorläufig Aufgabe der Sozialdemokratie. Wir erstreben einen Staat, wo nicht ein einzelner die Macht hat, Hunderten und Tausenden zu befehlen, einander totzuschießen, sondern wo die Entscheidung über Krieg und Frieden in den Händen des Volkes selbst liegt, also schloß der Redner seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Eine Debatte fand nicht statt. Erwähnt mag noch werden, daß sich nach Schluß eine Anzahl Personen zur Aufnahme in die Parteiorganisation anmeldeten.

Schmiede. In einer überaus zahlreich besuchten Versammlung sprach am Sonntag den 12. Februar Kollege Schrader v. Leipzig über die Lage der gewerkschaftlichen Organisationen. Der Referent verurteilte es ausgeprochen, den anwesenden Kollegen den Wert der Organisationen darzulegen.

Zum folgenden Punkt der Tagesordnung: „Welche Forderungen gebenden die hiesigen Kollegen zu stellen?“ sprach Kollege Hänel. Die Errungenschaften der 3 Jahre — so führt Redner aus — die selbständige Arbeitszeit, 30 Pf. Mindestlohn, und die üblichen Frühstücks- und Vesperpausen, welche die hiesigen Meister-Gesellen, durch ihr einmütiges Vorgehen erkämpften, huld man zum Teil wieder rückgängig zu machen. Unter Hauptaugenmerk muß deshalb darauf gerichtet sein, die alten Errungenschaften zu erhalten. Ferner weist Redner auf das finanzielle Material hin, welches Kollege Schrader uns in seinem Vortrag vorführte, und kommt zu dem Schluß, daß es einem Schmiedegesellen mit 24 Pf. Stundenlohn, wie ihn verschiedene Fabriken noch zahlen, bedeutung nicht möglich ist, nur einigermaßen seine Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Redner tabelt noch mit charigen Worten den Vorhalten der bürgerlichen Presse zum verfallenen Zuchthausprojekt, und fordert die Anwesenden auf, thätig zu sein für die Arbeiterrevue, welche allein durch ihre Unabhängigkeit im Stande ist, die Interessen der Arbeiter rücksichtslos zu vertreten. Im Laufe der weiteren Debatte, aus welcher man ersehen konnte, daß es die hiesigen Kollegen ernst mit einer Lohnforderung nehmen, wurden auch Mißstände aus verschiedenen Fabriken zur Sprache gebracht, welche verdienen, der Öffentlichkeit übergeben zu werden. Ein Paradies für die Arbeiter scheint die Firma Hoff & Komp., Rosenstraße, zu sein. Sollte man es auch für möglich halten, daß Schmiede, welche schon 26 Jahre dort ausgebeutet werden, noch Stundenlöhne von 30 Pf. erhalten. Trodem man bloß 1/2 Stunde Frühstücks- und Vesperpausen gestattet, huld man doch auch diese kurze Zeit noch durch spätere Anhalten und früheres Verlassen der Maschine zu verringern. Auch können sich die älteren Kollegen nicht erinnern, was mit den Ueberprüfungen der Kantine geschieht. Was Bier und Lebensmitteln anbetrifft, so ist hier nichts von einer Preisermäßigung zu bemerken. Die Wasserleitung ist soweit von der Schmiede entlegen, daß man manchmal Arbeiter es fast unmöglich ist, dahin zu gelangen, und man über die Kantine in Anspruch nimmt, was das in der heißen Jahreszeit bedeutet, wissen die Kollegen am besten.

Bei Lehner & Schmalz scheint man es überhaupt für selbstverständlich zu halten, daß Sonntags gearbeitet wird; merkwürdigerweise hat die Löttauener Polizei noch nie etwas gemerkt. Für den Gewerkschaftsreferent gäbe es hier mancherlei zu thun, da vielfach keine Schutzvorrichtungen vorhanden sind; auf Bescherde erklärt man einfach, es ist früher auch gegangen.

Neue Zustände scheinen auch in der Maschinenfabrik von Bayer und Komp., Großschäfer Straße, zu herrschen. Dort zählt man einem Helfer 30 und dem Schürmeister 34 Pf. bei 11 1/2 Stunden Arbeit. Der Lohn, welcher nur durch eine dünne Bretterwand von der Schmiede abgeschlossen ist, befindet sich in einem unerschaubaren Zustande. Ein richtiger Sitz ist überhaupt nicht vorhanden; über der Grube befindet sich nur ein einfaches Brett. Bei der geringsten Unvorsichtigkeit kann es auch passieren, daß jemand in die 5 Meter tiefe Grube fällt.

Die Versammlung war sehr gut besucht; 75 Prozent aller hier beschäftigten Schmiede waren anwesend.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute im „Trianon“ überaus hart besuchte Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Schrader einverstanden. Die Versammlung erkennt in der Organisation die einzige Macht, die Lage der Arbeiterklasse dauernd zu heben; es verpflichten sich alle, dem Verbands beizutreten, um unseren Forderungen, welche nachstens publiziert werden, dadurch mehr Nachdruck zu verleihen.“

Aufgabe der Kollegen ist es nun, diesen Beschluß hoch zu halten. Es macht sich notwendig, möglichst bald in jeder Fabrik Vertrauensleute zu ernennen, welche mit dem hiesigen Gesellenausschuß in Verbindung zu treten haben, und zwar wird Kollege Hänel, Jordanstraße 23, 2. G., diese Angelegenheit vorläufig regeln.

Für die Opfer des Dresdner Zuchthaus-Urteils gingen folgende Beiträge ein:

Bisher quittiert: 12024,96 Mark.

Rotes Kleblatt P. B. K. Im Ansehen seit früh und nummer 150.—, Personal der Zigarettenfabrik Pösig, Händchen 4,20. Zur Arbeiter der Strohhäuferei E. Hies 11,70. Sammerwert Lange 3.—, Statthalter Biglamm 4,43. Strohhäuferei Hermanns Kindel & Co., 2. Rate 6,25. 14 Beitragsende eines Verstorbenen aus Gortitz 2,80. Scharfstein-Neubau in Blasenitz n. v. Ausnahmen d. Lorey 3,85. Emil Glaser 1,50. Martischer J. K. 1.—. Für den Schleifsteinbrecher 1.—. Des Zimmerer, Reubold, d. 2. 3.—. Frau K. Neunig 2.—. Fr. M. S. Steig 1.—. 50. Gehilfen der Tischlerei K. Müller, Viechen, u. R. 5.—. Ob Bress, ob Sachs —, 70. Bau den Leptern in Mügeln, 1. Rate 16,50. B. M. Reuben, durch Stellung 4.—. Bildhauer in Pirna 4.—. Arb. d. Fabrik strah. Artikel, Hadebeul, 2. Rate 6.—. 11 Bauarbeiter in Niederlösnitz beim Richter gei. 4,25. Bornütz, von allen 3.—. Rote Buchdrucker Hadebeul-Körschendorfer d. Tennut 10.—. Konjunkturverein Bornütz d. Hadebeul, dar. 5.— von der Versammlung im Bergheim 68.—. Hofrichter R. 20 15.—. Durch Geißler 4,43. Möbelfabrik Karlsruh, Großschäferstraße 19.—. Personal der Zigarettenfabrik Brückner 4.—. Personal der Zigarettenfabrik Eugen Hagemann 17,80. Frau Luffen —, 50. Neubau Hadebeul, Hildebrandstraße, d. Hadebeumann 7.—. Durch Vermittlung 11,50. Grünauer „Zell“ 2,20. B. u. B. d. 5. 3,60. Stobies Brüder in Witten, d. C. 3,60. Der Firma M. & G. 13.—. R. B. durch Lora-Schmidt 30.—. Durch Habel, gel. bei einer sib. Hochzeit in Remmiz 6,10. Statthalter „Frischmann“ 2.—. 5 Gohelphäse, Jägerdorff 6,30. Maurer u. Bauarbeiter Friedebald Neubau, Lobau, Südstraße 8,60. Pianoortenschler, durch Frau Winkler 10,95. Neubau Hadebeul durch G. Graf 12,65. Durch Buchdrucker G. O. 10,30. Von den Arbeitern der Dresdener Gardinen- und Spitzenmanufaktur 48,10. Einer, der sich schämt, ein Deutscher zu sein —, 50. Stab-Kammel 3.—. Von den Bau- und Glasarbeitern und denkenden Mitmenschen von Ostendorf-Ostritz und Moritzdorf 47,90. Miltwitzsche Holzwärmer, Möbelfabrik Gummendorff 15,10. Weinbäcker durch E. 12.—. Formenschnitzer Hadebeul 4.—. „Wich“ in Mügeln 31,50. Drei rotgewordene Antisemiten 2,50. Schaffhose aus dem Miltwitzviertel Hadebeul 3,30. Hildebeul, Gerber u. Sattler, Deuben 1. Rate 16,34. Seberfabrik Deuben 9,10. R. d. Jenker —, 50.

Zusammen: 12714,83 Mark.

Unterhaltungsteil.

Exzellenz Rougon.

Roman von Emile Zola.
Deutsch von Kurt Baake.
(Fortsetzung.)

„Nun, was ist Ihnen widerfahren?“ fragte sie. „Erzählen Sie mir alles.“

Und sie fragte ihn so neugierig und freimütig wie eine Tochter über die Ungnade aus, die ihn getroffen hatte. Sie war einseitig wiederholend, die sie angeblich nicht verstand. Sie unterbrach ihn durch Andeutungen in italienischer Sprache, und er konnte in ihren schwarzen Augen die Bewegung lesen, die seine Erzählung in ihr hervorrief. Warum hatte er sich mit dem Richter überworfen? Wie hatte er einen so hohen Posten aufgeben können? Wer waren seine Feinde, daß er sich so hatte verdrängen lassen? Wenn er zauderte, wenn sie ihm ein Gesicht abringen wollte, daß er nicht machen mochte, dann sah sie ihn so unschuldig und liebevoll an, daß er sich gehen ließ und ihr alles erzählte. Bald wußte sie zweifellos alles, was sie wissen wollte. Sie richtete noch einige Fragen an ihn, die mit dem Gegenstand nichts zu thun hatten und die Rougon wegen ihrer Selbstmitleid überraschten. Dann faltete sie die Hände und schweigend blickte mit geschlossenen Augen tief nach.

„Nun?“ fragte er lächelnd.

„Es ist nichts“, küßte sie, „es hat mich nur sehr ergriffen.“

Er war gerührt und suchte ihre Hände wieder zu fassen, aber sie verdeckte sie unter der Spitze und das Schweigen dauerte fort. Erst nach zwei langen Minuten schlug sie die Augen wieder auf und sagte:

„Was werden Sie nun thun?“

Er sah sie fest an. Ein Verdacht stieg in ihm auf. Aber sie lag jetzt im Lebensstadium schmerzhaft hingeworfen da, als ob sie der Kummer ihres guten Freundes ganz gebrochen hätte und sah so reizend dabei aus, daß er sich durch den leisen Schauer, der ihm über den Nacken kroch, nicht stören ließ. Sie wußte ihm zu schmeicheln: er würde gewiß nicht länger abseits stehen, sondern eines Tages wieder zur Herrschaft gelangen. Zweifelloserweise er große Pläne und glaube an seinen Stern; das lese sie auf seiner Stirn. Warum dürfe sie nicht seine Vertraute werden, sie sei so verschwiegen und würde so glücklich sein, an seinem Geschick teilzunehmen zu dürfen! Rougon war wie berauscht; jähwährend suchte er die kleinen Hände zu fassen, die sich unter der Spitze verkrüppelten. Und dabei redete und redete er immerfort und erzählte alles, alles, was er hoffte und wovon er überzeugt war. Sie trieb ihn nicht mehr an, sondern hörte ihn, aus Furcht ihn zu hören, regungslos an. Sie prüfte ihn, zerlegte Glied um Glied mit ihren Blicken, sondierte seinen Schädel, wog die Kraft seiner Schultern und maß die Stärke seiner Brust. Er war entsetzt über ein starker Mann, der sie trotz ihrer Kraft mit einer Hand auf seinen Nacken werfen und sie ohne die geringste Anstrengung so hoch tragen konnte, wie er wollte.

„Ach, der gute Freund!“ rief sie plötzlich. „Ich habe es ja immer gemußt!“

Damit stand sie auf, öffnete ihre Arme und ließ die Spitzen hinter sich sinken. Nun sah sie noch nackter aus, als vorher, sie beugte sich vor und ihre Schultern schlüpften in sanfter Bewegung wie eine verlebte Kugel aus dem Muffeln hervor, so daß sie aus ihrem Korsett zu gleiten schienen. Das war Rougons Belohnung, war gleichsam ein Versprechen, aber die Bijou dauerte nur eine Sekunde. Am Ende war ihr wirklich nur das Spitzentuch entglitten? Schon hatte sie es aufgerollt und noch fester umgehunden.

„Hi! Luigi wird sonst böse!“ küßte sie.

Sie lief zum Maler hin, beugte sich noch einmal über seine Schulter und redete rasch in ihn hinein. Als ihre vibrierende Gestalt nicht mehr da war, rief sich Rougon heftig die Hände. Er fühlte sich matt und ihm war beinahe jäh zum Rute. Sie hatte einen sonderbaren Gout bei ihm hervorgerufen. Nun jähnte er ihr innerlich: als zwanzigjähriger Grünshnabel hätte er nicht dümmere sein können, wie ein Kind hatte er ihr eben alles gebelugt, er, der sie jetzt zwei Monaten auszuforschen suchte, ohne mehr, als ihr schönes Lachen aus ihr herauszulassen. Sie aber hatte ihm bloß eine Zeitlang ihre Handchen zu entziehen brauchen, und er hatte sich ganz vergehen, hatte ihr alles gesagt, nur damit sie ihm ihre Finger wieder überließ. Jetzt, wo sie ihn erobert hatte, überlegte sie offenbar, ob es sich überhaupt noch der Mühe lohne, ihn zu verführen.

Aber Rougon lächelte wieder. Er war sich seiner Kraft bewußt. Wenn er wollte, konnte er sie zerbrechen. Hatte sie ihn nicht herausgefordert? Arge Gedanken stiegen in ihm auf, er entwarf einen vollständigen Verführungsplan: er wollte sich ihrer bemächtigen und sie dann sitzen lassen. Er brauchte doch wirklich nicht vor dem großen Frauenzimmer, das ihm so ihre Schultern gezeigt hatte, den Blöden zu spielen. Und doch war er nicht ganz sicher, ob nicht die Spitze von selbst aufgegangen und heruntergeglitten wäre.

„Haben Sie auch, daß ich graue Augen habe?“ fragte ihn Clorinde und kam wieder heran.

Er stand auf und sah sie ganz in der Nähe an, ohne daß sich der ruhige, klare Blick ihrer Augen verwirrte. Als er aber die Hände ausstreckte, gab sie ihm einen Klaps darauf. Er brauche sie nicht anzufassen. Sie benahm sich jetzt sehr kalt. Sie hülfte sich dicht in ihr zerrissenes Spitzentuch und that, als wenn ihr Schamgefühl durch das kleinste Loch im Gewebe beleidigt würde. Er mochte noch so viel scherzen, necken und sich stellen, als wollte er Gewalt anwenden, sie hülfte sich immer dichter ein und schrie leise auf, wenn er die Spitze nur streifte. Sie wollte sich auch nicht mehr hinsetzen.

„Ich gehe lieber ein bißchen herum“, meinte sie, „das macht mir die Beine wieder gelenkig.“

Nun schloß er sich ihr an und sie gingen auf und ab. Er suchte sie seinerseits in die Beichte zu nehmen, aber meistens antwortete sie gar nicht auf seine Fragen. Sie machte im Gespräch plötzlich Sprünge, unterbrach sich mit irgend einem Ausruf und mißachte Geschichten ein, die kein Ende nehmen wollten. Als er sie geschickt fragte, wo sie denn im vorigen Monat vierzehn Tage lang mit ihrer Mutter gewesen sei, wußte sie ihm eine unendliche Menge Kleinigkeiten über ihre Reise zu berichten. Überall war sie

gewesen, in England, in Spanien, in Deutschland: alles hatte sie gesehen. Dann regneten allerhand sinnliche Beobachtungen über Speise, Tracht und Reiseleiter auf ihn herab. Manchmal fing sie auch eine Erzählung an, worin sie eine Rolle spielte und betonte Personen vorkamen; sie nannte ihre Namen und Rougon spitzte schon seine Ohren und glaubte, nun werde ihr endlich eine vertrauliche Mitteilung entlocken; aber entweder ließ die Geschichte auf eine Kinderlei hinaus, oder ihre Lösung blieb aus. Auch heute erfuhr er gar nichts. Ihr Lächeln war ihre Nahe und inmitten ihres Geschwäzes blieb sie unüberhörbar. Rougon war wie betäubt von ihren erstaunlichen Enthüllungen, wovon eine immer der anderen widersprach, und wußte schließlich nicht mehr, ob er neben sich ein bis zur Dummheit unschuldiges, zwölfjähriges Püppchen, oder ein äußerst kluges Weib habe, dessen Naivität höchstes Raffinement war.

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

Interessante Enthüllungen macht eine englische Zeitschrift über die Art der Herstellung verschiedenartiger Handelsartikel. Man sollte es zum Beispiel kaum für möglich halten, daß eine Uhr, die zur Hälfte in der Schweiz und zur Hälfte in Deutschland angefertigt worden ist, in England weit billiger zum Verkauf gelangt, wie in den beiden ersten Ländern. Dies ist hauptsächlich der Fall mit einem jenseits des Kanals sehr beliebten Federuhrwerk, das statt des ohrenbetäubenden Lärmes, den die bei uns am meisten bekannten Alarmuhren ausstrahlen, nach Art der Spieluhren eine hübsche Melodie ertönen läßt, die sich so lange wiederholt, bis man aufsteht und das Uhrwerk abstellt. Jeder Briten kann diese hübsche Uhr für 7 M. 50 Pf. erwerben, während wir sie mit 10 M. 50 Pf. bezahlen müssen und der Schweizer sie noch nicht einmal dafür bekommt, obgleich sein Land die wichtigsten inneren Teile dazu liefert. In Amerika werden die musikalischen Werke sogar noch viel teurer verkauft als in China, wo Tausende von Exemplaren in Gebrauch sind. Das Material und die einzelnen Bestandteile vieler anderer Artikel werden oft hin und her durch die ganze Welt verschickt, ehe sie ganz fertig gestellt in die Hände der Käufer gelangen. Die jetzt stark in die Mode gekommenen Damen-Portemonnaies aus Leder mit silbernen Ornamenten haben wohl in den meisten Fällen weit mehr von der Welt gesehen, als ihre Besitzerinnen. Das Silber zu den Verzierungen kommt zum größten Teil aus Amerika und wird in Deutschland verarbeitet. Von hier gehen die einzelnen Metallstücke nach England, wo man sie hier mit der sogenannten „Hall-Mark“, dem Stempel der Goldschmiede-Zunft, versehen. Nun schickt man die fertigen Figuren wieder zurück nach Deutschland und befestigt sie auf den in Frankreich oder Holland fertiggestellten Portemonnaies, deren Material wiederum aus Brasilien oder Argentinien herkommt. Dann erst werden sie nach allen Richtungen der Windrose verpackt, um endlich in den Handel zu kommen. Auf welche eigenartige Weise die Käufer oft betrogen werden, ersieht man aus folgendem interessanten Beispiel; die weitest größte Anzahl jener aus China, Indien und Japan „importierten“, unter allen möglichen exotischen Namen angepriesenen Seidenstoffe ist ein spottbillig hergestelltes deutsches Fabrikat, das über England nach Indien geschickt wird, wo man es mit phantastischen Mustern bedruckt und direkt nach London zurückführt. Von dort erhalten wir es wieder, um es als verhältnismäßig viel zu teures, „echt orientalisches“ Produkt zu kaufen.

O, welche Lust Soldat zu sein! Der Sohn eines ehrbaren Schmiedemeisters in Lohr a. M. rückte im Herbst zum Militär ein. Vor kurzem erhielt der Vater folgende offene Postkarte, deren Inhalt wenig Lust und Liebe zur Kajerne kundgibt: „Lieber Vater! A Dummerkeit muß mich zu den Haufen verschlagen. G'Vee nauf, und es aner so, wenn des mich lang zu fort gibt, wer ich noch der reinst Handwurz. Mit Gruß Dein Sohn Schorsch.“

Geistes.

Auf der Vicinalbahn. Reisen wir: „Warum geht denn die Stationsuhr um 2 Stunden zu spät?“ Stationsdiener: „Damit die Säge sahnplanmäßig abgehen!“

Emancipiert. Radfahrerin (zu ihrer Freundin): „Denk nur, Lene Müller will absolut nicht Radfahren lernen: sie sagt, ihr sei am wohlsten, wenn sie sich im Haushalt beschäftigen könne!“ Freundin: „Ach Gott, die verdrehte Person war ja immer schon so emancipiert.“

Wie die Alten sangen u. Schauvieler (zu seinem Sohn): „Sei heute recht brav, Siegfried, dann bekommst Du von mir morgen drei gute Spondens!“ Junge: „Wah! Du mir nicht einen davon als Beschuß geben, Papa?“

Neues aus aller Welt.

Die Nachrichten über Andree waren abermals falsch. Nach einem Telegramm aus Krasnojarsk trafen dort Berichte von zwei Forschungs-Expeditionen ein. Der Führer der Expedition entlang dem Pflanz im Nord-Jenissei-Distrikt berichtet, daß nichts gefunden wurde, was die Lunger-Gerichte bestätigte. Die zweite Expedition lehrte ohne Nachricht über Andree zurück. Die Behörden beabsichtigen, die Nachforschungen nicht fortzusetzen, wenn die Expedition am Pflanz ihre Suche vollendet hat.

Das russische Ministerium des Innern hat vom Gouverneur in Jenissei folgende aus Krasnojarsk vom Montag datierte Depesche erhalten: Die Mitteilungen des Blattes „Jenissei“ bezüglich der Expedition Andrees haben sich, wie die von dem Inspektor der Wägen vorgenommene Untersuchung ergab, nicht bestätigt.

Ueber das Eisenbahnunglück bei Forest in Belgien hat das Gericht die Untersuchung abgeschlossen und die Verantwortlichkeit des Führers des Zuges, Naturaux, festgestellt. Erweisen ist, daß nicht nur die Signale richtig gestellt waren, sondern auch, daß der Maschinenist trotz des Nebels hätte bemerken können. Außerdem ist von einem Barrierewärter eine rote Fahne geschwenkt worden und von Bahnarbeitern Hornsignale gegeben worden. Infolgedessen wird Naturaux wahrscheinlich unter Anklage gestellt werden.

Inzwischen meißt sich die Zahl der Opfer des Eisenbahnunglücks noch immer. Nach dem „Brüss. Journ.“ vom Montag sind amüch „bis jetzt“ bekannt: 23 Tote, 80 Verwundete, darunter 30 schwer Verletzte. Soeben ist auch der schwer verletzte Direktor der Mittelschule der belgischen Provinz Jülich seinen Verwundungen erlegen, so daß die Zahl der Toten 24 erreicht, aber viele Verletzte sind in einem besorglichen Zustande, das ihre Erholung als sehr zweifelhaft erscheint.

Bomben. 21. Februar. Die Pest hat in den Kolagoldfeldern zugenommen und gewinnt trotz der strengen Maßregeln immer noch an Ausdehnung. Die Pest unter den Kulis in den Nijore-Riven bietet ein trauriges Bild. Nur Hinzeldale und Gredschaf arbeiten. Die Krankheit dehnt sich auf die sämtlichen Chamioninnen aus.

Auf See. „Scharhork“ bei Portmund sind durch Sturz in einen Schack drei Mann verunglückt, einer blieb sofort tot.

Berichtungs-Kalender am Donnerstag.

Steinarbeiter. Abends 6 Uhr Versammlung in der „Guldenen Aue“, Blumenstraße.
Gesellen- u. Lehrlingskrankenkasse der Daddeder-Immung. Abends 6 Uhr Versammlung in der „Reichshalle“, Palmstraße 13, 1.
Vertreter der versicherten Arbeiter (Krankentassen, Unfall, Alters- und Invaliden-Versicherung). Abends 9 Uhr Versammlung in Adams Restaurant, P.-Albstraße 16.
Eingeladener des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrs-Arbeiter. Abends halb 9 Uhr Konzert und Ball im gr. Saale des „Arianon“.

Mitteilungen des Standesamts III. (Vom 14. bis 16. Febr. 1899.)

Geburten: F. D. Dode, Kleiders S. — K. A. S. Kappelbach, Zigarrenarbeiter S. — G. H. Decker, lithographisches Maschinenmeisters I. — A. S. Jeller, Bauarbeiters I. — B. M. Brunsen, Güterbodenarbeiters S. — M. A. Sigismund, Tapezierers I. — G. Müller, Heizers I. — E. M. P. Jügendala, Papierarbeiters I. — O. J. T. J. H. Wolff, Erpedientens S. — J. F. P. Solared, Schlossers I. — A. H. Dellmuth, Trommeters I. — F. W. Bergmann, Arbeiters S. — A. S. Ulrich, Tischlereiarbeiters I. — J. G. Steubner, Arsenalarbeiters S. — I. Wener, Telegraphenassistentens I. — W. Tauscher, Erpedientens S. — P. G. Scheidauer, Tischlermeisters I. — R. S. Berger, Kleiders S. — R. P. Sagner, Badermeisters I. — R. E. H. Hanel, Kassakontrollers I. — E. A. Sorge, Tapezierers S. — K. C. Schröder, Zementarbeiters S. — E. E. Griedrich, Kleiders I. — Hierüber 7 außereheliche Kinder.

Aufgebote: A. S. Keilwagen, Maurer, mit A. M. Basig. — J. Grotzer, Schlosserarbeiter, mit A. M. Fidenwirth. — C. E. Keil, Kaufmann, mit E. L. Friedrich.

Eheschließungen: C. Winter, Metzger, mit J. S. S. Feinige. — E. L. Hölzel, Tischlergehilfe in Laubgait, mit R. Dautrich in Dresden. — D. Richter, Graveur, mit R. M. Neumann. — A. R. Seber, Posthilfsbote, mit E. A. Duvornon.

Todesfälle: F. S. D. verw. Sommerfeld geb. Könnemann, Rohrmäckerin, 67 J. — J. C. R. Hamm, Tischler, 56 J. — G. H. Kisch, Fleischermeisters I., 14 J. — K. G. Kisch, Paders S., 1 J. — G. M. P. Merkel geb. Pettelein, Rentiers Ehefrau, 70 J. — C. Chrobot, Arbeiters S. (totgeb.). — G. M. Roth, Schmieds I., 3 M. — A. H. S. Stabe, Badermeisters S., 1 J. — I. R. Weisse, Handarbeiters S., 7 M. — J. G. Haase geb. Naumann, Kaufmanns, 63 J. — E. H. Eberlein, Jümmers: vns I., 1 J. — G. P. Helmog, Eisenbrechers I., 6 M. — A. Wenig, Schlossers I., 3 J. — W. R. Mertin, priv. Badermeister, 54 J. — Hierüber 3 außereheliche Kinder.

Mitteilungen des Standesamts IV. (Vom 14. bis 16. Febr. 1899.)

Geburten: A. E. M. Christianen, Obermonteurs I. — J. A. M. Lönberg, Vaterntwärters Juvil. S. — S. J. Jakob, Schmieds I. — I. D. Thiene, Schlossers S. — R. R. Neubert, Buchhalters I. — G. R. Junke, Kleiders I. — J. G. Dirichberger, Brauergeliffens I. — H. C. Voigt, Strohenbahnkutschers I. — Hierüber 2 außerehel. Kinder.

Aufgebote: C. M. Schneider, Stellmacher in Röhning, mit A. S. Meyrdorf in Dresden. — F. W. Oelberg, Tiefbauarbeiter, mit E. D. Bager.

Eheschließungen: G. S. Müller, Heizer, mit R. J. E. Schlabig. — Todesfälle: E. A. Wagner, Tiefbauarbeiters I., 2 M. — E. R. Junke, Kleiders I., 2 J. — H. D. Grosmann, Stadtsteueramtskontrollers S., 17 J. — S. J. Henkel, Eisenbrechers S., 8 M.

Spielplan der Theater von Dresden.

Donnerstag.
Opernhaus (Altstadt): Jar und Zimmermann. Oper von Vorzug. Anfang halb 8 Uhr.
Schauspielhaus (Neustadt): Goethe-Jakob, 4. Abend. (Auffer Abonnement): Torquato Tasso. Schauspiel in 5 Akten von Goethe. Anfang 7 Uhr.
Reizendtheater: Gastspiel des Fräulein Jenny Groß vom Festspieltheater in Berlin. Der Fall Clemencau. Schauspiel von Dumax. Anfang halb 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Victoria-Salon. Constantino Bernardi in „La Varieta“.

24 Personen! 60 Blickverwandlungen!
Außerdem: Severus Schäffer; Erna Koschel; Fukushima; Japanesen, 2 D. 4 S.; Imro Fox; Brothers Amor; Ch. Rausch; Tartakoffs Russen, 8 Personen; Albert Böhm.
Anfang 7, 8 Uhr. Vorbes. v. 9 Uhr an im Vestibule. Sonntags: 2 Vorstellungen. 1/4 (ermäß. Preise), 1/8 Uhr (gew. Preise).

Central-Theater Dresden.

Täglich Vorstellung.
Sonntags 2 Vorstellungen.
Theaterkasse geöffnet vorm. von 10—1 Uhr. Abends von 6 Uhr an.
Anfang abends 7 1/2 Uhr. — Einlaß 8 1/2 Uhr.
Anfang Sonntags 3 1/2 Uhr nachmittags und 7 1/2 Uhr abends.

Wetterbericht vom 22. Februar, mittags.

Barometer: 768. — Schön Wetter.
Thermometer: + 5°. — Minimum + 3°.
Feuchtigkeit der Luft: Barometer 90%.
Wasserstand der Elbe: 64 Ctm. — 0.

